

# **Schriftlicher Rechenschaftsbericht des Landesvorstands der Landesschüler\*innenvertretung NRW im Mai 2021**

Düsseldorf, 17.05.2021

Liebe Landesdelegierte,  
liebe Bezirksschüler\*innenvertretungen,  
liebe Interessierte,

aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie blieb ein kompletter Rechenschaftsbericht der LDK bisher vorenthalten. Aus diesem Grund legt der Landesvorstand auf der kommenden 131. Online-Landesdelegiertenkonferenz Rechenschaft über seine gesamte Legislatur (Mai 2019 bis Mai 2021) ab. Zur Vorbereitung und zur effektiven Zeitnutzung auf der Konferenz stellen wir den folgenden schriftlichen Rechenschaftsbericht zur Verfügung. Eine vollständige mündliche Vorstellung der Arbeit des Landesvorstands ist zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit nicht möglich. Die Möglichkeit Nachfragen zum Rechenschaftsbericht zu stellen wird gewährleistet. Dem Recht der LDK nach Paragraph 4 Absatz 2 der Satzung wird damit Genüge getan.

Mit besten Grüßen

Euer Landesvorstand

# Rechenschaftsbericht

- I. Was ist ein Rechenschaftsbericht?
- II. Besonderheiten dieses Rechenschaftsberichts
- III. Erfolge der Legislatur 2019/2021
- IV. chronologische Aneinanderreihung der Rechenschaftsberichte
- V. Anhang

## I. Was ist ein Rechenschaftsbericht?

Zum Anfang einer Legislatur (also der Wahlperiode des Landesvorstands (LaVo)) gibt die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) dem LaVo Arbeitsaufträge und beschließt, was diese Legislatur geschehen soll. Die Arbeitsaufträge werden dann in einem Arbeitsprogramm (APO) festgeschrieben. Damit ihr und alle Schüler\*innen NRWs nachvollziehen könnt, was wir als Vorstand gemacht haben, tragen wir dies zu jeder LDK in einem Rechenschaftsbericht zusammen. Das aktuelle Arbeitsprogramm findet ihr hier (<https://svnrw.de/wp-content/uploads/2019/05/Arbeitsprogramm2019-20.pdf>), einen Vorschlag des LaVos für das Arbeitsprogramm der Legislatur 2020/2021 hier (<http://apo.svnrw.de>).

Unser aktuelles APO ist in Abschnitten geschrieben. In diesen ist auch der Rechenschaftsbericht strukturiert.

## II. Rechenschaftsbericht nach APO-Punkten

Aufgrund der langen Legislatur und stetiger Berichterstattung durch den Landesvorstand auf der 128. und 129. LDK, sowie der ersten und zweiten Online-Landeskonferenz existieren bereits einzelne Zwischenrechenschaftsberichte. Diese führen wir im folgenden chronologisch auf. Der letzte Rechenschaftsbericht behandelt den Abschnitt von Februar bis Mai, über den wir noch keine Rechenschaft abgelegt hatten.

## III. Erfolge der Legislatur 2019 / 2021

An dieser Stelle möchten wir euch unsere größten politischen Erfolge der Legislatur vorstellen.

Nach mehrjährigem Engagement des Landesvorstands erreichten wir diese Legislatur die Abschaffung der grafikfähigen Taschenrechners (GTR). Der GTR ist in der Anschaffung teuer, er ist kompliziert und wird nach der Schulzeit nicht genutzt. Er ist genauso ein Delikt wie die Overheadprojektoren, die noch in vielen Schulen stehen. Jede\*r ehemalige Schüler\*in, die\*der in den mathematischen Bereich geht, wird mit Computerprogrammen arbeiten. Doch in diesem Bereich fehlt(e) das Wissen. Durch die Abschaffung des GTRs hat das Schulministerium nun die Chance, einen Hauch Digitalisierung und Zukunftsdenken in den Mathematikunterricht zu bringen.

Bereits seit vielen Jahren fordern wir außerdem die Abschaffung der verpflichtenden Abweichungsprüfungen bei Abweichung "nach oben". Bis zum Abiturjahrgang 2020 mussten alle Abiturient\*innen, die in ihrer Abiturklausur deutlich besser waren als ihre Vornote, in eine mündliche Nachprüfung - verpflichtend. Dort sollten sie unter Beweis stellen, dass ihre bessere Leistung im Abitur nicht Produkt eines Täuschungsversuchs ist. Damit wurden effektiv alle Schüler\*innen, die für ihre Abiturklausuren besonders gelernt hatten, unter Generalverdacht gestellt. NRW war zudem das einzige Land, das noch an dieser Regelung festhielt. Aufgrund unserer Forderung gab das Schulministerium uns Anfang der Legislatur zunächst bekannt, dass die verpflichtenden Abweichungsprüfungen für den Abiturjahrgang 2021 abgeschafft werden. Aufgrund unserer Forderung zu Beginn der Pandemie schaffte

das Ministerium die verpflichtenden Abweichungsprüfungen bereits zum Abiturjahrgang 2020 ab.

Für SVen erreichten wir zudem, dass im SV-Erlass ein Hinweis aufgenommen werden soll, dass SVen auf der Schulwebseite einen Bereich, ähnlich einem Schwarzen Brett, bekommen sollen. So wird der SV-Erlass zumindest in einem Teilbereich moderner und erlaubt den SVen einen einfacheren Kontakt zu Schüler\*innen und Interessierten. Für die LSV soll es ab dem Jahr 2021 leicht erhöhte Mittel vom Land geben. Konkret soll der Haushalt der LSV zunächst der Inflation angeglichen werden.

Außerdem gründeten wir Anfang der Legislatur das Bildungswerk der Landeschüler\*innenvertretung NRW e. V. (kurz BdL), das einfache und nachhaltige finanzielle und ideelle Förderung von SVen, BSVen und der LSV als Aufgabe hat. Das BdL kann so zum einen als gemeinnütziger Verein Fördergelder weitervermitteln, die SVen ansonsten nicht hätten beantragen können. Zum anderen wird das BdL in der Zukunft eigene Teamer\*innen für SV-Seminare haben und kann so gezielt SVen und BSVen bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen.

In unserem letzten Gespräch mit Frau Ministerin Gebauer und Herrn Staatssekretär Richter formulierte das Ministerium zudem die langfristige Abschaffung des Konzepts "Bring your own device". Schüler\*innen sollen nun auf lange Sicht in NRW ein digitales Gerät vom Land erhalten und kein eigenes mehr mitbringen müssen. Die LSV NRW fordert dies vor dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit bereits seit mehreren Jahren. Vorteilhaft an diesem Konzept ist, dass alle Schüler\*innen dieselben Programme nutzen können und die Geräte zentral verwaltet werden, es demnach bei Problemen einen Ansprechpartner gibt. Zudem ist die LSV NRW mittlerweile deutlich bekannter in der Öffentlichkeit, was sich an den zahllosen Zuschriften und dem erhöhten Medieninteresse erkennen lässt. Das erreichten wir durch unsere vielen Pressternine und Stellungnahmen.

Während der Corona-Krise erreichten wir zunächst, dass es für Abiturient\*innen freiwilligen Unterricht nach den Osterferien 2020 gab. So konnten Schüler\*innen entscheiden, ob sie lieber für sich wiederholen oder lieber im Unterricht Fragen stellen und gemeinsam wiederholen möchten. Gleichzeitig erreichten wir auch die Verschiebung des Abiturs 2020, die durch den ausgefallenen Unterricht mehr als notwendig wurde.

Zudem etablierte der Landesvorstand während der Corona-Krise eine tägliche Arbeitssitzung, die "Aktuelle Stunde", in der wir zu Hochzeiten fünfmal (bis 6 mal) die Woche zusammenkamen und, wie der Name vermuten lässt, tagesaktuelle Themen besprachen, Pressemitteilungen formulierten und Positionen bildeten. Zurzeit finden die Sitzungen zweimal die Woche statt.

Mit anderen Verbänden erreichten wir, dass auch die Schüler\*innen (in Form der LSV NRW) zu den Krisengesprächen des MSB in der Corona-Krise eingeladen werden. Auf diesen Krisengesprächen forderten wir unter anderem gemeinsam mit anderen Verbänden die Formulierung, dass "kein Unterricht in nicht belüftbaren Räumen stattfinden darf". Auf diese Formulierung beriefen sich später Schulen, die Presse und auch das Ministerium.

Auch durch unsere Social-Media-Aktion, Hygieneverstöße an Schulen zu melden, sodass sie behoben werden können, erreichten wir Politik und Betroffene gleichermaßen und schafften Bewusstsein dafür, dass die Theorie, die Schulpolitiker\*innen beschließen, häufig immens von der Praxis in den Schulen abweicht.

Als im Sommer eine Maskenpflicht im Unterricht erlassen wurde, setzten wir uns für Hitzefrei in der Sekundarstufe II ein. Uns war schon vor Corona unverständlich, inwiefern ältere bei den hohen Temperaturen nun besser lernen können. Insbesondere mit einer Maske halten wir jedoch das Schwitzen im Klassenraum für unverantwortlich und brachten die Politik dank unserer Intervention ebenfalls zum Umdenken und zur Einführung des Hitzefreies auch für die Sekundarstufe II.

Für das Abitur 2021 setzten wir uns für mehr Auswahlmöglichkeiten bei den Abiturprüfungen ein, um individuelle Unterschiede beim unterrichteten Stoff auszugleichen. Während der Corona-Krise fiel zwar an den meisten Schulen gleichzeitig der Präsenzunterricht aus, dennoch sind Schulen jedoch frei in der Entscheidung, wann welches Thema unterrichtet

wird. Dementsprechend ist eine ebenso individuelle Lösung für die Abiturprüfungen vonnöten, die wir fordern. Das Schulministerium folgt an dieser Stelle unserer Einschätzung und ist aktuell dabei, für alle Fächer weitere Abituraufgaben formulieren zu lassen. Auch beim aktuell noch verpflichtenden Unterricht für Abiturient\*innen nach den Osterferien 2021 konnten wir das Ministerium zum Umdenken bringen. Herr Richter stimmte uns zu, dass freiwilliger Unterricht in den Abiturfächern eine sinnvollere Lösung wäre, die das Ministerium umsetzen solle.

Den Vorschlag, auch in NRW endlich "Study Halls" - also Lernorte - für Schüler\*innen, die Zuhause nicht gut lernen können, zu etablieren, nahm das Schulministerium ebenfalls auf. So konnten wir der anhaltenden Chancenungerechtigkeit zumindest etwas entgegenwirken. Die Einführung des Wechselmodells als Zwischenschritt von Schulschließungen hin zu Schulöffnungen in ganzer Stärke wurde von uns bereits früh gefordert. Das Schulministerium setzte später ein ähnliches Konzept um, wie das der LSV.

Die wichtigen Entscheidungen, die mit der Etablierung eines Wechselmodells an jeder Schule einhergehen, sollten zunächst allein von der Schulleitung entschieden werden. Aufgrund der eindringlichen Forderung der LSV und sich anschließender Verbände mussten die Schulleitungen am Ende die Schulkonferenz mit einbeziehen.

Auch die von der LSV NRW früh geforderten Lolli-Tests als Testmöglichkeit für Grund- und Förderschüler\*innen wurden nach der Forderung der LSV etabliert.

Aufgrund der Verbändebeteiligung zu Grundschulkernlehrplänen konnte QuaLis NRW davon überzeugt werden, Änderungen z.B. am neuen Lehrplan für das Fach Sachkunde vorzunehmen.

Zudem haben wir auch im zweiten Jahr dieser langen Legislatur die Präsenz und Bekanntheit der LSV in der Öffentlichkeit und bei der Presse extrem ausgebaut. Mittlerweile vergeht kaum ein Tag, in dem wir nicht in der Presse erscheinen. Zudem ist die Sichtweise der Schüler\*innen auch im politischen Diskurs wichtiger geworden, was sich auch in der Anzahl der umgesetzten Forderungen widerspiegelt.

Letztlich möchten wir auch als Erfolg verbuchen, in dieser Legislatur so viel thematische Arbeit geschafft zu haben. Wir formulierten mehrere Pressemitteilungen und eine Resolution zur Klimakrise, eine Resolution zu unserem Verständnis eines modernen

Sexualkundeunterrichts sowie eine Resolution zu den schrecklichen Gewalttaten rechter Kräfte und Stellungnahmen zu elf Kernlehrplänen der Primarstufe - um nur einen Teil unserer thematischen Arbeit zu nennen. Dies alles erreichten wir trotz vieler Versuche, die LSV als solche und insbesondere die LDKen zu inhaltslosen Veranstaltungen zu machen.

Ob wir einem Misstrauensvotum oder dem Versuch, die LDK mit zahllosen Anträgen zu blockieren, die weder Erfolgchancen hatten, noch eine neue Idee waren, über die nicht bereits mehrere Male diskutiert wurde, trotzten. Wir hoffen nun mit unserer gesamten thematischen Arbeit eine inhaltsreiche, produktive, aber auch kontroverse LDK füllen zu können und gemeinsam mit den Schüler\*innen NRWs nicht nur eine Satzung, sondern auch politische Meinung zu ausarbeiten.

#### **IV. chronologische Aneinanderreihung der Rechenschaftsberichte**

1. schriftliche Zusammenfassung des mündlichen Rechenschaftsberichts für die 128. LDK
2. schriftlicher Rechenschaftsbericht für die 129. LDK
3. Rechenschaftsbericht für die 1. O-LK
4. Rechenschaftsbericht für die 2. O-LK

# 1. schriftliche Zusammenfassung des mündlichen Rechenschaftsberichts für die 128. LDK<sup>1</sup>

- a) Menschenwürde und Diskriminierung
- b) Inklusion
- c) Bildungsunterfinanzierung
- d) Demokratische Schule
- e) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht
- f) Antimilitarismus
- g) Nachhaltigkeit
- h) Sonstiges

## a) Menschenwürde und Diskriminierung

Am Anfang der Legislatur kam der neue Landesvorstand, auf Einladung der jeweiligen Landtagsfraktion, ins Gespräch mit verschiedenen Parteien. In den Gesprächen mit der Landtagsfraktion der CDU und der SPD brachten wir unsere grundlegenden schulpolitischen Forderungen ein. Dabei nahmen wir auch auf das neue Schulprogramm der SPD-Fraktion Einfluss.

Der Themenblock LGBTIQ+ bzw. Geschlechterdiversität wurde im Rahmen der Klausurtagung zum Hauptthema dieser Legislatur gewählt, weshalb wir zunächst uns und durch ein Fachgespräch auf der 128. LDK auch unsere Delegierten weiterbilden. Zudem veranstalteten wir auf der 128. LDK ein thematisches Frauen-, Männer- und ggf. Queerplenum. Weiterhin stellten wir eine Rechtsanfrage zu "Doppelbestrafungen" in der Schule und nahmen an Treffen mit SchaLL NRW und einem Fachtag zum Thema "Rechtsextremismus an Schulen - Prävention und Strategie" teil.

## b) Inklusion

Auch dieses Thema behandelten wir in unserem Austauschgespräch mit der CDU-Fraktion, indem wir die IGGS vorstellten und deren Umsetzung forderten.

## c) Bildungsunterfinanzierung

Um der anhaltenden Unterfinanzierung unserer Schulen entgegenzuwirken, nahmen wir an der Fachtagung "Armut als Bildungshemmnis" teil und machten Vorschläge für das Schulprogramm der SPD-Fraktion. Außerdem gaben wir ein Interview zum Thema Digitalisierung und Bildungsunterfinanzierung.

## d) Demokratische Schule

Eine demokratische Gesellschaft kann es nicht ohne demokratische Schule geben. Aus diesem Grund kämpften wir im Ministerinnengespräch hart für mehr Schüler\*innen- und SV-Rechte. Auch auf der ersten Fachbeiratssitzung und der Auftaktveranstaltung des

---

<sup>1</sup> Für die 128. LDK existiert kein schriftlicher Rechenschaftsbericht. Die folgende Zusammenfassung stellt den Inhalt des mündlichen Zwischenrechenschaftsberichts dar, der auf der 128. LDK gehalten wurde.

Projekts DialOGStandorte setzten wir uns für mehr Demokratie innerhalb dieses Projektes zur Konzeptentwicklung in OGS-Schulen ein. In einer Anhörung zum Thema Wahlaltersenkung sprach sich die LSV NRW für ein Wahlalter ab 14 Jahren aus und führte aus, weshalb die frühe Einbeziehung von Jugendlichen in die Demokratie wichtig für den Erhalt einer Demokratie ist.

Damit die Schüler\*innen NRWs besser über ihre Rechte Bescheid wissen begannen wir zudem mit der Instagramreihe "Recht der Woche", in der wir an Alltagssituationen in kleinen Videobeiträgen exemplarisch Rechte der Schüler\*innen aufzeigten. Um unsere Delegierten zur demokratischen Schule fortzubilden, bieten wir einen entsprechenden Workshop auf der 128. LDK an. Auch in unseren Austauschgesprächen mit den Landtagsfraktionen war die Demokratisierung von Schulen Thema.

### **e) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht**

Da der politischen Bildung in NRW immer weniger Bedeutung zugesprochen wird (Abschaffung des Faches Politik, etc.) stellten wir eine Anfrage zum (Miss)Stand der politischen Bildung an NRWs Schulen. Zudem setzten wir uns auf dem Minister\*innengespräch nachdrücklich für mehr politische Bildung ein. Auch auf der Anhörung zum Thema Wahlaltersenkung sowie im Austauschgespräch mit der SPD-Fraktion forderten wir mehr politische Bildung in den Schulen.

### **f) Antimilitarismus**

Die LSV NRW setzt sich entschlossen gegen Kindersoldat\*innen sowie Werbung von Schüler\*innen ein und wirkt aus diesem Grund im Bündnis Schule ohne Bundeswehr mit. In diesem wurden bis zur 128. LDK neue Bündnisflyer sowie Urkunden für bundeswehrfreie Schulen gestaltet. Weiterhin unterstützt die LSV NRW die Aktion zum Red Hand Day. Auch dieses Thema brachten wir in den Austauschgesprächen an und forderten eine Schule frei von Bundeswehr.

### **g) Nachhaltigkeit**

Neben der Geschlechterdiversität dominierte kein Thema Medien, Straßen und unsere Arbeit so sehr wie die Nachhaltigkeit. Durch den Aufschwung der FfF-Bewegung sah sich die LSV NRW mit neuen Bündnispartner\*innen konfrontiert. Die LSV NRW wurde Mitglied im Düsseldorfer Klimabündnis, unterstützte bei der Planung von zwei der Düsseldorfer Großdemo zum globalen Klimastreik und nahm unter anderem an diesen teil. Wir unterhielten auf einer der Demos einen Infostand und hielten eine Rede auf der Abschlusskundgebung. Auch an der Großdemo in Aachen nahm die LSV NRW teil. Zu dieser riefen wir zudem mit einer Pressemitteilung "Landeschüler\*innenvertretung ruft zur Beteiligung an Großdemo gegen die Klimakatastrophe auf" auf. Außerdem mobilisierten wir stets auf Instagram für FfF-Demos.

In den Austauschgesprächen mit den Landtagsfraktionen sowie der Partei die Grünen NRW und in mehreren Minister\*innengesprächen mit der Schulministerin forderte die LSV NRW ein Streikrecht für Schüler\*innen.

Zudem wurde die LSV NRW zu einem landesweiten Schüler\*innenticket im Landtag angehört. Zu diesem Thema veröffentlichten wir außerdem ein Stellungnahme sowie die Pressemitteilung "Klimastreik: Schüler\*innen kämpfen, damit es Schule in einigen Jahren noch gibt".

Passend zur FfF-Bewegung bieten wir auf der 128. LDK den Workshop "Grüner Kapitalismus" an.

Schließlich waren wir noch Mitglied der Jura der RAG-Stiftung und führen ein Live-Interview bei Maischberger.

## **h) Sonstiges**

### **Basis**

Wir besuchten die BDKen der BSVen Viersen, Rhein-Berg, Köln, Rhein-Sieg, Herford, Bochum und Münster, die Klausurtagung der BSV Düren, sowie den Demokratietag Bielefeld, auf dem wir einen BSV-Basics Workshop hielten. Außerdem ordneten wir den BSVen einen festen Ansprechpartner zu und hielten regen Kontakt zu unseren BSVen.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Neben einem Workshop zur SV-Arbeit auf der internationalen Jugendkonferenz der Kindernothilfe gaben wir (s. o.) ein Maischberger-Interview und nahmen an einer Podiumsdiskussion "Vertrauen in Schule - geht das?" auf dem evangelischen Kirchentag in Dortmund teil.

Zudem tauschten wir uns mit der LSV Niedersachsen aus, erarbeiteten einen neuen SV-Basics-Reader und setzten uns kritisch mit der BSK auseinander.

## **2. schriftlicher Rechenschaftsbericht für die 129. LDK<sup>2</sup>**

- a) Unsere Grundsätze
- b) Menschenwürde und Diskriminierung
- c) Inklusion
- d) Bildungsunterfinanzierung
- e) Demokratische Schule
- f) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht
- g) Antimilitarismus
- h) Nachhaltigkeit
- i) Sonstiges

### **a) Unsere Grundsätze**

Wie wir in unserem Arbeitsprogramm festgestellt haben, bedeutet die aktuelle kapitalistische Gesellschaft Wohlstand für einige Wenige auf Kosten des größten Teils der Weltbevölkerung. Mit diesem Thema wollten wir uns auf der 129. LDK in einem zweiphasigen Workshop zum Thema Klassismus beschäftigen. Aufgrund der Fülle der, von der BSV Aachen, gestellten Anträge mussten wir allerdings leider die zweite inhaltliche Workshopphase zugunsten einer längeren Antragsberatung streichen.

- Klassismus Workshop auf der 129. LDK

---

<sup>2</sup> vom 24.01.2020

## **b) Menschenwürde und Diskriminierung**

Das Thema LGBTIQ\* haben wir uns für unsere Legislatur als unser Hauptthema festgelegt. Nach der 128. LDK, die sich thematisch um das Thema LGBTIQ\* gedreht hat, haben wir die dort und auf einer internen Schulung erarbeiteten Erkenntnisse beim Minister\*innengespräch angebracht. So forderten wir eine LGBTIQ\*-konforme Schule mit Unisextoiletten (neben Toiletten für Mädchen und Jungen), sowie Schulbücher, die auch nicht-heteronormative Menschen darstellen. Weiterhin forderten wir, im Unterricht mehr über nicht-heteronormative Menschen aufzuklären und das Thema in die Kernlehrpläne zu übernehmen. Das Bildungsministerium wies jedoch unsere Forderungen mit der Begründung, dass das Thema bereits in den Kernlehrplänen besprochen wird, zurück.

Beim Minister\*innengespräch wurden wir zudem darauf hingewiesen, dass aufgrund unserer Forderung die Abweichungsprüfungen nach oben abzuschaffen, eine Gesetzesänderung auf dem Weg ist. Diese durchläuft gerade die Verbändebeteiligung und wird voraussichtlich bereits für die nächsten Jahrgänge, die in Qualifikationsphase kommen, in Kraft treten (hierüber wurde in den Medien berichtet).

Wir bildeten uns außerdem auf der Fachtagung „Prävention in der Schule gemeinsam mit Partnern gestalten - Impulse für ein vernetztes Handeln“ weiter zum Thema fort und informierten dort Schüler\*innen mithilfe eines Infostandes über Missbrauch an Kindern und Jugendlichen und forderten, dass auch Sven bei diesen Themen unterstützt werden. Die Ergebnisse der 128. LDK und einer Anfrage bildeten auch die Grundlage für einen Antrag an die 129. LDK, der unsere Wünsche und Forderungen an den Sexualkundeunterricht zusammenfasst und den wir mit euch ergänzen möchten.

Als Reaktion auf die häufiger werdende Bestrafung von Schüler\*innen, die Fridays for Future-Streiks besuchen, stellten wir eine Anfrage an das Ministerium für Schule und Bildung, die die Doppelbestrafung im Sinne einer ungenügenden Leistung neben einer unentschuldigsten Fehlstunde anspricht. Dies stellt laut dem Ministerium jedoch keine Doppelbestrafung dar, da es sich schon im Kern um keine Bestrafung, sondern eine Leistungsbewertung handelt.

Auf der 129. LDK wollen wir das Thema, auch als Reaktion auf den zunehmend offeneren Umgang mit Faschismus, zudem mit einem Antifaschismus-Workshop thematisieren. Um uns weiter zum Thema Schule der Vielfalt fortzubilden und stark zu machen besuchte die LSV NRW auch eine Fortbildung zu selbigem Thema, auf der vor allem Geschlechteridentitäten und Informationsmaterial diskutiert wurde.

**Nr. 2:** Thema „LGBTIQ\* in der Schule“ beim Minister\*innengespräch

**Nr. 3 und Nr. 4:** Teilnahme an der Fachtagung „Prävention in der Schule gemeinsam mit Partnern gestalten - Impulse für ein vernetztes Handeln“

und Beschlussvorbereitung zum Thema „Sexualkundeunterricht“ zur 129. LDK

- Abschaffung der Abweichungsprüfungen nach Oben
- Anfrage an das Schulministerium zum Thema Doppelbestrafungen
- AntiFa-Workshop auf der 129. LDK
- Fortbildung „Schule der Vielfalt - Schule ohne Homophobie“

## **c) Inklusion**



Die Inklusionspolitik der aktuellen Landesregierung stellt sogar zur konzeptlosen Umsetzung der vorherigen Regierung einen Rückschritt dar. Diesen Rückschritt können und wollen wir jedoch nicht hinnehmen. Aus diesem Grund möchten wir auf der LDK zunächst unsere Vorstellung von Inklusion einem Faktencheck unterziehen, um später die Inklusion in einem weiteren Workshop zu vertiefen. Dieser Workshop war angefragt, muss aber aufgrund der bereits in 0. erwähnten Fülle an Anträge leider ausfallen.

Darüber hinaus erstellen wir gerade ein Positionspapier zum Thema Inklusion und werden noch vor der LDK an einem Treffen des NRW-Bündnisses Inklusive Bildung teilnehmen, welches wir vor einiger Zeit mit gegründet haben.

**Nr. 1:** „GP-Inklusion“-Workshop auf der 129. LDK  
und weiterer Inklusions-Workshop auf der 129. LDK

- Erarbeitung eines Positionspapiers zum Thema Inklusion
- Treffen mit dem Bündnis inklusive Bildung

#### **d) Bildungsunterfinanzierung**

An den Schulen in NRW mangelt es seit Jahrzehnten an Geld, Personal und dem politischen Willen, daran etwas zu ändern. Vor dem Hintergrund der bisherigen Arbeit in dieser Legislatur zu diesem Thema (z.B. unserer [Pressemitteilung](#)) haben wir uns Anfang Januar an das Ministerium für Schule und Bildung gewendet, um Auskunft darüber zu erhalten, wie viel Geld das Land ausgibt bzw. die Kommunen in NRW pro Schüler\*in ausgeben. Wir vermuten, dass die Antwort auf unsere Anfrage bestätigen wird, was das Statistische Bundesamt schon 2016 feststellte: NRW gibt im Vergleich zu anderen Ländern sehr wenig für unsere Bildung aus.

Dieses Problem haben auch unsere Kolleg\*innen bei der Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer (kurz SchaLL) erkannt, weswegen wir uns im Dezember mit SchaLL getroffen haben, um über die Grundforderungen einer Kampagne vor allem gegen Unterfinanzierung zu sprechen. Herausgekommen ist ein Entwurf für ein mehrseitiges Konzeptpapier, das wir auf einem weiteren Treffen mit SchaLL (eine Woche nach der 129. LDK) weiter besprechen wollen.

Auf der 128. LDK im November mussten wir euch erneut berichten, dass die finanzielle Lage der LSV NRW problematisch ist. Dass die LSV und die einzelnen Schüler\*innenvertretungen in NRW nicht ausreichend finanziert werden, hat Euch dabei völlig zurecht empört. Diese Empörung haben wir auch in unseren Gespräch (November 2019) mit der Bildungsministerin Yvonne Gebauer ausgedrückt. Abgesehen von einigen allgemeinen Aussagen wurde uns dabei allerdings keine konkrete Verbesserung der Situation zugesagt. Deswegen haben wir, wie von euch auf der 128. LDK beschlossen, ein Konzept für eine Kampagne entwickelt, die sich für besser finanzierte SV-Strukturen einsetzen soll. Über das Konzept möchten wir mit euch auf der kommenden LDK diskutieren.

**Nr. 3:** Anfrage an das Schulministerium „Was kostet eine Schüler\*in?“

- Teilnahme am Seminar „Wie gestaltet man SV-Seminare“ des Bildungswerks der Landeschüler\*innenvertretung NRW
- Thema „Finanzierung der LSV“ beim Minister\*innengespräch

- Zwei Treffen der LSV NRW mit SchaLL NRW

### **e) Demokratische Schule**

Auch in dieser Legislaturperiode haben wir uns wieder mit der Demokratisierung von Schule befasst. Dabei haben wir unter anderem bei dem letzten Minister\*innengespräch (wie in dem vorletzten auch) einen Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler\*innen in der Schule gefordert. So wollten wir zum Beispiel, dass Schüler\*innen in den Fachkonferenzen endlich stimmberechtigt werden und dass Lehrer\*innen, die als Bezirksverbindungslehrer\*innen BSVen unterstützen, dafür Entlastungen bekommen. Beides lehnte Frau Ministerin jedoch ab.

Auch haben wir weiterhin ein Demonstrationsrecht für Schüler\*innen gefordert, jedoch ließ sich Frau Ministerin auch für dieses Anliegen nicht begeistern.

**Nr. 4:** Auf Minister\*innengespräch einige Änderungen zum SV-Erlass angeregt

**Nr. 5:** Anfrage an das Schulministerium zum Thema Stimmrecht in Fachkonferenzen<sup>[2]</sup>

### **f) politische Bildung und Wirtschaftsunterricht**

Nachdem das "Schulfach Wirtschaft" seit diesem Jahr als abgewandelte Form von Politik Wirtschaft (Wirtschaft Politik) an den Gymnasien unterrichtet wird, soll im kommenden Jahr auch an allen anderen Schulformen Wirtschaftsunterricht (im Sinne des Koalitionsvertrages dieser Legislaturperiode) eingeführt werden. Diesbezüglich gab es eine Verbändebeteiligung. Neben der Einführung des Wirtschaftsunterrichts ging es bei der Verbändebeteiligung darüber hinaus auch um die Stärkung des Informatikunterrichts an allen Schulformen.

Wir haben diesbezüglich eine mehrseitige Stellungnahme herausgegeben, welche eine demokratische Schule fordert und eine Stärkung des Politikunterrichts anstelle des neuen Schulfachs Wirtschaft. Des Weiteren haben wir uns für eine kritische Bildung im Bereich Informatik ausgesprochen.

- Stellungnahme zum neuen Kernlehrplan Wirtschaft

### **g) Antimilitarismus**

In den letzten Wochen stand die Welt nicht nur in Australien im wahrsten Sinne des Wortes, sondern in Teilen der Welt auch sprichwörtlich in Flammen. Während Deutschlands NATO-Partner im Nahen Osten bereits Krieg führen, wird bei der Bundeswehr eifrig für den "Ernstfall" geprobt. Ob an unseren Schulen, auf Berufsbildungsmessen oder bei YouTube - die Bundeswehr wirbt gezielt Schüler\*innen an.

Selbst wenn ihr es uns im Arbeitsprogramm 2019-20 nicht explizit aufgetragen habt, würden wir uns mit dieser Entwicklung auseinandersetzen wollen. Zusammen mit unseren Bündnispartner\*innen im Bündnis "Schule ohne Bundeswehr NRW" haben wir in den letzten Monaten aktiv zu einer Aktion zum Red-Hand-Day vor dem Landtag gearbeitet und werden diese noch vor der 129. LDK (hoffentlich) erfolgreich gemeinsam mit den Bündnis Rote Hand (das sich seit Jahren gegen Rüstungsexporte und die Rekrutierung von Minderjährigen weltweit einsetzt) durchführen. Darüber hinaus planen wir gemeinsam mit

der BSV Düsseldorf eine Kundgebung vor dem Landtag, welche im Anschluss an die Aktion im Landtag vor dem Landtag stattfinden wird.

Außerdem wird auf der kommenden LDK ein Workshop zum Thema Antimilitarismus stattfinden, welchen wir in Kooperation mit dem DFG-VK (Deutsche Friedensgemeinschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen) vorbereitet haben.

Auch arbeiten wir durch die aktive Mitwirkung im Bündnis Schule ohne Bundeswehr kontinuierlich an dem Thema Antimilitarismus. Zentrale Forderung des Bündnisses ist die Auflösung des bestehenden Kooperationsvertrages zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium (MSB) NRW.

**Nr. 1:** Teilnahme am Red-Hand-Day durch Aktion vor dem Landtag<sup>[3]</sup>

**Nr. 2:** Antimilitarismus-Workshop auf der 129. LDK

- Teilnahme am Bündnistreffen von „Schule ohne Bundeswehr“

## **h) Nachhaltigkeit**

**Nr. 1:** Forderung eines allgemeinen Schüler\*innenstreikrechts im Minister\*innengespräch

**Nr. 2 und 4:** Nachhaltigkeits-Workshop auf der 129. LDK

und Workshop zur Klimaresolution auf der 129. LDK

- Anfrage an das Schulministerium zum Thema Doppelbestrafungen

## **i) Sonstiges**

Neben unserer Arbeit zu den Unterpunkten im Arbeitsprogramm fallen in der Legislatur viele weitere Aufgaben an. Diese fassen wir unter Sonstiges zusammen.

### **Basisarbeit**

Zu einer unserer Hauptaufgaben gehört auch die Unterstützung von BSVen. Dementsprechend nahmen wir auch in dieser kurzen Zeit an drei BDKen teil und unterstützten die BSVen beispielsweise bei der Durchführung, bei Satzungsfragen oder in Form eines Tagespräsidiums.

Die BSV Köln konnten wir, auch aufgrund vieler Kölner LaVoMis, besonders unterstützen: So nahmen wir an deren Klausurtagung (siehe Nr. 7) und vielen BeVoSien teil, auf denen wir über die Landesebene berichten und bei der Planung verschiedenster Projekte helfen konnten.

Die BSV Siegen-Wittgenstein unterstützten wir auf einer BeVoSi insbesondere bei dem Aufbau ihres Vorstandes.

Die BSV Herford konnten wir telefonisch bei organisatorischen Problemen unterstützen.

Die BSV Hagen haben wir unterstützt, indem wir gemeinsam mit der BSV Bochum das Tagespräsidium auf der 1. BDK (Neugründung) gemacht und die Konferenz darüber hinaus strukturell mitgestaltet haben.

- Teilnahme an den BDKen in Köln, Hagen und Herford

- Teilnahme an mehreren BeVoSien in Köln
- Teilnahme an einer BeVoSi der BSV Siegen-Wittgenstein und strukturelle Hilfe
- Unterstützung der BSV Herford

**Nr. 2:**

Bezirksverbindungslehrer\*innen erhalten trotz ihrer großen Bedeutung für BSVen noch immer keine Entlastungsstunden. Diese haben wir bei unserem halbjährigen Minister\*innengespräch eingefordert. Die Reaktion des Ministeriums ließ allerdings zu wünschen übrig: Bei dem aktuellen Personalmangel sind weitere Entlastungen nicht zu rechtfertigen. Die Anmerkung, dass bei 28 aktiven BSVen maximal rund 90 Stunden pro Monat (bei einer geforderten Entlastungsstunde pro Bezirksverbindungslehrer\*in und maximal drei Bezirksverbindungslehrer\*innen pro BSV) betroffen wären, ließ das Ministerium unbeantwortet. 90 Stunden entsprächen übrigens rund vier vollen Stellen von rund 117.000 in NRW (vgl. [amtliche Schuldaten des MSB für das Schuljahr 2018/19](#)).

- Forderung nach Entlastungsstunden für BeVeLes im Minister\*innengespräch

**Nr. 7:**

Zur Erinnerung an die LDK wurden einige BSVen von ihren zugeordneten LaVoMis vor der LDK kontaktiert, auf die LDK hingewiesen und erneut Hilfe angeboten. Dabei wurde auch auf teilweise fehlende Protokolle hingewiesen.

Außerdem haben wir, um eine durchgängige Betreuung sicherzustellen, intern BSVen an andere LaVoMis übergeben.

- Teilnahme an der KT in Köln
- Info-Mail an BSVen vor der LDK
- Übergabe von BSVen aufgrund eines Auslandsaufenthalts

**Nr. 6:**

Das im letzten Jahr gegründete Bildungswerk der LSV NRW möchte in Zukunft SV-Seminare anbieten. Um Seminarideen und eine Grundstruktur für ein Teamer\*innennetzwerk zu erarbeiten, hat ein Seminar stattgefunden, an dem wir teilnahmen.

Zu SchaLL NRW siehe 3. Bildungsunterfinanzierung.

Zum Red-Hand-Day siehe 6. Antimilitarismus.

- Teilnahme am Seminar „Wie gestaltet man SV-Seminare“ des Bildungswerks der Landeschüler\*innenvertretung NRW
- Zwei Treffen der LSV NRW mit SchaLL NRW
- Teilnahme am Red-Hand-Day durch Aktion vor dem Landtag

**Nr. 9:**

Die von der 128. LDK unter dem Vorbehalt einer rechtlichen Prüfung verabschiedete Resolution zur aktuellen Politik („Ich bin nicht rassistisch, aber biodeutsch“) haben wir dem Ministerium für Schule und Bildung beim Minister\*innengespräch vorgelegt und auch zugesandt. Eine, uns zugesicherte Antwort, steht allerdings noch aus. Des Weiteren haben wir bei Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Hochschule Düsseldorf sowie an der Info- und Bildungsstelle Rechtsextremismus am NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln vertraulich um eine Einschätzung der Resolution

gebeten. Einerseits wurde der Inhalt der Resolution deutlich gelobt, andererseits wurden einige Formulierungen als kritisch eingeschätzt und alternative Formulierungen vorgeschlagen, die keinen Einfluss auf die inhaltliche Klarheit und Deutlichkeit haben. Diese können wir auf der LDK gemeinsam diskutieren, ebenso die Frage, wie lange wir auf eine Einschätzung des MSB warten sollen.

Um die Bekanntheit der LSV NRW zu steigern, aber auch um SVen mit unserem Material zu unterstützen, haben wir (finanziell durch die Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt) im Dezember und Januar SV-Info-Sets für bis zu 2500 Schulen in NRW vorbereitet. Dafür haben wir bereits im letzten Jahr begonnen das Infomaterial der LSV NRW umfangreich zu überarbeiten, umzugestalten und auf unserer Homepage zur Verfügung zu stellen.

Außerdem hatten wir ein Radiointerview mit Radio NRW.

- Resolution zur aktuellen Politik „Ich bin nicht rassistisch, aber ‚biodeutsch““ (vgl. Antrag R1 der 128. LDK) an das Ministerium weitergereicht
- Versand von SV-Info Sets an alle Schulen NRWs
- Pressetermin und Interview mit Radio NRW

### **Weiteres**

Der Grafikfähige Taschenrechner ist uns weiterhin ein Dorn im Auge. Er ist teuer in der Anschaffung und nach der Schule nicht mehr zu gebrauchen. Aus diesem Grund forderten wir beim Minister\*innengespräch erneut dessen Abschaffung und Ersetzung durch moderne Hilfsmittel, wie Computerprogramme. Zu diesem Thema möchte sich das Ministerium für Schule und Bildung schriftlich äußern. Und das, obwohl Frau Ministerin Gebauer selbst vor ihrem Amtsantritt die Abschaffung offen forderte.

Zum Wahlrechts-Workshop siehe Anträge und Ersuchen der LDK.

Da wir Bedarf für einen Workshop sahen, der sich mit der LSV-Struktur und den offiziellen Dokumenten der LSV auseinandersetzt, werden wir auf der 129. LDK einen LSV-Basics Workshop anbieten.

Wie häufig gefordert, haben wir auch für die 129. LDK erneut thematische Geschlechterplena vorbereitet, die diese LDK sogar noch mehr Zeit erhalten, damit sich mit allen Belangen ohne Stress auseinandergesetzt werden kann.

- Erneut die Abschaffung des GTRs im Minister\*innengespräch gefordert
- Wahlrechts-Workshop auf der 129. LDK
- LSV-Basics Workshop auf der 129. LDK
- Vorbereitung von thematischen Geschlechterplena für die 129. LDK

### **Anträge und Ersuchen der LDK**

Obwohl diese Anträge und Ersuchen der LDK nicht zu unserem Arbeitsprogramm gehören, möchten wir euch auch diesbezüglich auf dem Laufenden halten:

Wie per Antrag der 128. LDK gewünscht, haben wir Frau Ministerin Gebauer (und Herrn Staatssekretär Richter) zur 129. LDK eingeladen. Geplant war eine thematische Frage- bzw. Diskussionsrunde. Leider wurde uns diesbezüglich bereits abgesagt.

Außerdem haben wir nach dem Wunsch der 128. LDK noch einem Workshop zum Thema Wahlrecht auch zu diesem Thema einen Workshop mit einem externen Referenten geplant.

- Einladung der Ministerin zur LDK
- Wahlrechts-Workshop auf der 129. LDK

### 3. Rechenschaftsbericht für die 1. O-LK<sup>3</sup>

- Unsere Grundsätze
- Menschenwürde und Diskriminierung
- Inklusion
- Bildungsunterfinanzierung
- Demokratische Schule
- Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht
- Antimilitarismus
- Nachhaltigkeit
- Sonstiges
- Sonstiges - Corona
- Erfolge der Legislatur 2019/2020

#### a) Unsere Grundsätze

Zu unseren Grundsätzen zählt unter anderem die Ablehnung der kapitalistischen Weltordnung. Durch den Kapitalismus profitieren einige wenige auf Kosten aller anderen. Ausprägungen dieses Phänomens zeigen sich auch in der Schule. Unternehmen möchten in Schulen durch Lehrangebote und Informationsabende für ihre Unternehmen werben. Werbung in Schule sorgt dafür, dass der Unterricht nicht mehr objektiv ist. Schüler\*innen können zudem häufig nicht zwischen wertfreien Fakten und Werbung unterscheiden. Daher haben wir an einer Diskussionsveranstaltung zu Werbung in der Schule teilgenommen.

#### b) Menschenwürde und Diskriminierung

Insbesondere während der Schulschließungen und des Lockdowns kam es zu einer Mehrung von häuslicher Gewalt - auch gegen Kinder. Dem möchte die Kinderschutzkommission entgegenwirken. Zu einer entsprechenden Anhörung im Landtag formulierten wir eine schriftliche Stellungnahme. Zudem nehmen wir am Fachtag Jugendstrategie für NRW des Landesjugendring-NRW teil sowie an einer Podiumsdiskussion mit anderen Verbänden aus der Jugendarbeit teil. Die steigende Anzahl rassistisch motivierter Gewalttaten und der Fakt, dass die Staatsgewalt häufig nicht davor schützt, sondern selbst Aggressor ist, veranlasste uns die Pressemitteilung "Reden ist Silber, Schweigen ist rassistisch!" zu verfassen. Wir solidarisierten uns mit den Betroffenen und stellten eine Verbindung zwischen Rassismus und Unterricht her: "Studien zeigen, dass ein identischer Aufsatz von einem Menschen mit Migrationshintergrund im Schnitt schlechter bewertet wird als der von einem Menschen ohne Migrationserfahrung<sup>2</sup>. Eine andere Studie zeigte, dass an türkische Grundschüler\*innen geringere Erwartungen gestellt werden – mit fatalen Folgen: Denn das Potential, das Lehrer\*innen in Schüler\*innen sehen, ist ein wichtiger Faktor für den Lernerfolg<sup>3</sup>. So wirkt sich Rassismus auf Noten, Erfolg und am Ende die Zukunft der\*des Schüler\*in aus." Mit dem Rechtsruck in Deutschland, der den Alltagsrassismus erst wieder salonfähig machte hatten wir uns zuvor durch den Resolutionsvorschlag "Ich bin nicht rassistisch, aber 'biodeutsch'" beschäftigt. Die Resolution, die wir bereits auf der letzten regulären LDK zur Abstimmung stellten, haben wir mittlerweile überarbeitet und aktualisiert. So soll die

---

<sup>3</sup> vom 30.10.2020

Resolution nun auch auf die diesjährige Wahl in Thüringen sowie das Attentat in Hanau eingehen.

Auf dem Webinar "Schüler\*innenrechte während Corona" stellten wir gemeinsam mit der DGB Jugend Rechte der Schüler\*innen und der SV während einer Pandemie dar und erarbeiteten mit den Teilnehmenden Projektplanungswissen.

### **c) Inklusion**

Neben unseren Gesprächen mit dem LVR nahmen wir auch an einer Videokonferenz mit der Behindertenbeauftragten NRW teil. Schwerpunkte des Gesprächs war die prekäre Lage der Schulbegleitungen und der Teilhabeassistenz, die während der Coronazeit die zu betreuenden Schüler\*innen nicht nach Hause begleiten durften. Dadurch konnten die Schüler\*innen zum einen nicht gleichberechtigt am Unterricht teilnehmen, zum anderen waren auch die Arbeitsplätze der Schulbegleitungen aufgrund der ausbleibenden Bezahlung der sozialen Dienste gefährdet. Ein uns zugesandtes Urteil des OVG Münster zum Nachteilsausgleich in der Oberstufe wurde von uns analysiert. Das Ergebnis: Ein Nachteilsausgleich (etwa wegen einer Lese-Rechtschreib-Schwäche) muss immer an die Schreibdauer der Prüfung angepasst werden. Ein pauschaler Ausgleich von etwa 15 Minuten, der in der Sekundarstufe I durchaus ausreicht, ist nicht ausreichend. Des Weiteren wurde eine Resolution zum Thema Inklusion geschrieben, welche auf der nächsten Tagung der LSV NRW mit interessierten Menschen besprochen wird und dann der nächsten LDK zum Beschluss vorgelegt wird.

### **d) Bildungsunterfinanzierung**

Unser Schulsystem ist bereits seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert. Das Ergebnis der Sparpolitik der Politiker\*innen der letzten Jahre, zeigt sich tagtäglich in kaputten und dreckigen Schulgebäuden, mangelnden Lehrkräften und fehlenden Lehrmaterialien. So sind auch SVen unterfinanziert oder gar nicht finanziert. Deswegen hat sich die LSV NRW Gedanken zu einer SV-Finanzierungskampagne gemacht.

Außerdem stellte die LSV NRW in vielen Pressemitteilungen (vor allem im Kontext der Pandemie) die Probleme der Bildungsunterfinanzierung dar und forderte entsprechende Investitionen und Sanierungen.

### **e) Demokratische Schule**

Eine demokratische Gesellschaft funktioniert nur in Verbindung mit einer demokratischen Schule - das stellen wir schon in unserem Grundsatzprogramm fest. Damit eine Demokratie funktioniert muss sie gelehrt und gelebt werden - insbesondere in der Schule. Denn die politische Meinung, die in der Jugend gebildet wird, bleibt meist ein Leben lang. Umso wichtiger ist es die Demokratie in der Jugend zu verankern. Aus diesem Grund initiierten wir die Aktion "What the Gesetz", die die Politik mit unsinnigen Schulgesetznormen konfrontiert, die uns Schüler\*innen zugesandt haben. Eine Antwort der Parteien und des Schulministeriums steht größtenteils noch aus.

### **f) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht**

Am 13. September 2020 standen in NRW die Kommunalwahlen an. Zu dieser beteiligte sich die LSV NRW in Form eines gemeinsamen Wahlaufrufs unter dem Motto "Geh wählen - Gestalte mit - Übernimm Verantwortung!", welcher vom Landtagspräsidenten organisiert wurde. Der Aufruf fand als Social-Media-Post, Pressemitteilung und Videobotschaft statt, in welcher wir mit vielen anderen Verbänden und Gewerkschaften dazu aufriefen Politik aktiv durch eine Stimmabgabe mitzugestalten.

### **g) Antimilitarismus**

Die Schule der Zukunft ist für die LSV NRW eine Schule, die ohne die Bundeswehr existiert. Aus diesem Grund wurde weiterhin Kontakt zum Bündnis "Schule ohne Bundeswehr" gehalten. Dabei entstand ein Austausch über eine erneute Unterstützung und Beteiligung unsererseits am Red Hand Day und zum Thema der Besoldung der Bundeswehr. Auch das neue Programm der Bundeswehr, dem "Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz" lehnt die LSV NRW ab. Das Ausarbeiten einer Stellungnahme und eine gemeinsame Arbeit mit Bündnispartnern zu diesem Thema ist im Gange.

### **h) Nachhaltigkeit**

Die LSV NRW fordert eine ökologisch gerechte und faire Zukunft für die Schüler\*innen NRW. Um diese Zukunft zu gewährleisten, muss in der Schule und in der Gesellschaft Nachhaltigkeit viel wichtiger gewertet werden. Denn zukünftig sollen alle Schüler\*innen NRW ein besseres Bewusstsein für die Umwelt entwickeln. Dies soll die LSV NRW aktiv unterstützen. Deswegen traf sich die LSV NRW in einer digitalen Sitzung mit zwei FfF-Organisator\*innen, um über eine Beteiligung unsererseits und Unterstützung des nächsten internationalen Streiktag in Bonn zu Reden. Zudem erfuhren wir bei dem Treffen genaueres über das Konzept des ursprünglich geplanten Streiktag am 9.10.2020. Dieser konnte leider aufgrund der Corona-Pandemie und wegen eines anderen globalen Streiktages der FfF-Bewegung (der kurz vorher stattfand) nicht umgesetzt werden.

### **i) Sonstiges**

Neben unserer thematischen Arbeit fällt auch viel Tagesaktuelles an, das sich nicht einem Thema zuordnen lässt. Zudem fassen wir unter diesem Punkt Basisarbeit und Arbeit mit anderen Landesschüler\*innenvertretungen zusammen.

Mit unserer Basis arbeiteten wir, trotz der vielen abgesagten BDKen, auf insgesamt sieben Veranstaltungen zusammen. Unter anderem unterstützten wir den Kreis Euskirchen bei einer SV-Versammlung mit dem Ziel eine BSV zu gründen. Die BSV Borken trafen wir im August und verständigten uns mit ihnen darüber, wie sie wieder Teil der LSV NRW werden kann. Außerdem sind wir bemüht, die BSV-Struktur im Ennepe-Ruhr-Kreis wieder neu aufzubauen

Mit der LSV Rheinland-Pfalz tauschten wir uns über die Auswirkungen des Coronavirus sowie gemeinsame Standpunkte und eine mögliche Zusammenarbeit aus. Weiterhin beantworteten wir ihnen einige Fragen zur Schulkonferenz und der Beteiligung der SVen in den Schulkonferenzen. Der LSV Hessen berichteten wir auf eine Anfrage hin über den Stand der Digitalisierung in NRW. Eine Einladung der Bundesschülerkonferenz zu ihrer Plenartagung in Saarbrücken lehnten wir, im Sinne unserer Beschlusslage (115. LDK), ab. Wir trafen uns außerdem noch mit dem Kinder- und Jugendrat und planten das DemocracyLab des jungen Schauspielhauses mit, sprachen mit "Mein mutiger Weg", planten eine Zoom-Diskussion sowie einen Insta-Talk mit der bildungspolitischen Sprecherin der Linken, führten Bewerbungsgespräche zu den ausgeschriebenen LaSek-Stellen, tauschten uns mit einem Mathematikprofessor zu Problemen bei Abituraufgaben aus, schrieben einen Gastbeitrag für das neu erschienene SV-Handbuch "eureka!" das BdL NRW, fragten BSVen zur Teilnahme an einer dreitägigen LDK ab, nahmen an einer Infoveranstaltung zur Kernlehrplanentwicklung bezüglich der Fächer Arbeits- und Gesellschaftslehre an Haupt-, Real-, Gesamt- und Sekundarschulen teil, sprachen mit dem Arbeitskreis Bildungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung und beantworteten über 10 Unterstützungsanfragen von Petitionist\*innen.

Seit Mai veröffentlichten wir zudem acht Pressemitteilungen und nahmen an der Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung zur Schulpolitischen Halbzeitbilanz teil, in der wir die aktuelle Linie des Bildungsministeriums, insbesondere die maroden Schulgebäude, die den Wert der Schüler\*innen eindrucksvoll widerspiegeln.



## **j) Sonstiges - Corona**

Wie auch das letzte Drittel unserer regulären Legislatur dominierte das Thema Corona unsere Arbeit. Inhaltliche Arbeit blieb leider an vielen Stellen aufgrund ausfallender oder verschobener Veranstaltungen in der Planungsphase stecken. Häufig wurden die Themen von bereits geplanten Veranstaltungen auch einfach auf das Thema Corona geändert. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden das Thema Corona als einen eigenen Punkt unserer Arbeit zu behandeln.

Im Mai reagierten wir mit unserer Pressemitteilung "In der Schule lernen wir den Umgang mit Corona: alle können es mit nach Hause nehmen" auf die Schulöffnungen in NRW. Das Infektionsrisiko bestand damals weiterhin, die Ansteckung war nur unzureichend erforscht und selbst die schwachen Schutzmaßnahmen konnten vielerorts nicht eingehalten werden. Daher entschlossen wir uns eine Aktion zur Meldung und Verbesserung der Hygienemaßnahmen an Schulen ins Leben zu rufen. Wir veröffentlichten einen Post auf Instagram, sowie eine Seite mit Ansprechpartner\*innen und einem Vordruck. Anonyme Meldungen leiteten wir weiter. Eine Pressemitteilung der LEiS, bei Abschlussprüfungen bereits vorsorglich Protest einzulegen, unterstützten wir auf Social Media und unserer Webseite. Am 27.05. veröffentlichten wir zudem unsere Pressemitteilung "Coronakrise beeinflusst auch Nichtprüflinge". In dieser thematisierten wir die mittelbaren Folgen des Unterrichtsausfalls für die späteren Prüfungsjahrgänge. Insbesondere, dass sich das Schulministerium noch in keinsten Weise zu dieser Gruppe geäußert hatte, verunsicherte viele Schüler\*innen. Wir forderten unter anderem klare Regeln für den Distanzunterricht, Lernstandserhebungen aber Schulsozialarbeit. Am 29.05. konkretisierten wir unsere Forderungen für das kommende Schuljahr in der Pressemitteilung "Statt kurzfristiger Planung den Fokus auf das kommende Schuljahr richten". So forderten wir klare Regeln, die bis zu den Sommerferien gelten und nicht im Hauruckverfahren umgeschmissen werden - wie sich später herausstellen sollte vergeblich. Zudem betonten wir mit den anderen Verbänden in der Pressemitteilung, dass nach den Sommerferien eine Wiederaufnahme des Normalbetriebs erstrebenswert ist. Das hätte jedoch nur funktionieren können, wenn bereits vor den Sommerferien Pläne ausgearbeitet würden.

Anfang Juni telefonierte ich mit Petitionist\*innen der Petition "fares Abi 2020" - eine der unzähligen Petitionen die uns in diesen Monaten erreichte. Mit den Petitionist\*innen dieser Petition planten wir einige gemeinsame Aktionen. Anderen Petitionist\*innen antworteten wir immer auf ihre Anfrage. Allen Schüler\*innen individuell, bei Eltern oder Lehrer\*innenpetitionen teils mit einer Standardantwort. Auch wir als LaVo diskutierten die mögliche Verschiebung der Sommerferien, die zumindest in den Medien mittelmäßig gut ankam. Am 06.06. veröffentlichten wir die Pressemitteilung "Regelbetrieb der Grundschulen ohne Abstand aktuell eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft". Sie befasste sich mit der Hauruckaktion der Landesregierung, den Regelbetrieb an Grundschulen wenige Wochen vor den Sommerferien wieder aufzunehmen, obwohl sich alle Verbände geeint dagegen aussprachen. So könne eine solche Öffnung ohne Vorlaufzeit nur zu Chaos und damit weiteren Infektionsrisiken führen. Ganz abgesehen davon, dass der Unterricht ohne Mindestabstand stattfinden sollte. Letztlich bewahrheiteten sich die Befürchtungen der Verbände; der Schulstart war misslungen und in Chaos versunken. In einem persönlichen Gespräch des Landesvorstands mit Frau Ministerin Gebauer fokussierten wir uns im Juni auf das Thema Corona. Insbesondere forderten wir das Schulministerium auf mehr Mittel für Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen, da Schüler\*innen nach dem Lockdown einen hohen Bedarf an Schulpsycholog\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen hatten. Außerdem kritisierten wir die Inklusionspolitik des Landes im Hinblick auf die Coronakrise - auch hier wurden Förderschulen und Schüler\*innen mit Förderbedarf benachteiligt. Zudem thematisierten wir Möglichkeiten der SVen, BSVen und der LSV während der Coronakrise und baten um Unterstützung, etwa bei der Bereitstellung digitaler Konferenztools. Dass die Digitalisierung in den Schulen NRWs in einem beschämenden Tempo vorangeht, halten wir

dem Schulministerium bereits seit Jahren vor. Während der Coronakrise gestand sich schließlich auch das Schulministerium ein, die Digitalisierung "noch mehr" nach vorne bringen zu müssen. Daran anschließend forderten wir unter anderem Schüler\*innen die nötigen Geräte für ein digitales Distanzlernen zur Verfügung zu stellen. Denn wenn Schüler\*innen nur ihre eigenen Geräte nutzen können, kommt es zwangsläufig zu großen Unterschieden in der Ausstattung und noch größerer sozialer Ungleichheit – Lernerfolg soll nicht von der Kaufkraft der Eltern abhängen!

Als sich der Lockdown im Kreis Gütersloh abzeichnete, reagierten wir auf diese Situation mit der Pressemitteilung vom 24.06. "Wie Schüler\*innen unter Profitgier und Symbolpolitik leiden". In der Pressemitteilung kritisierten wir, dass durch die verantwortungslosen Handlungen der Fleischindustrie, die Schüler\*innen und Eltern die Ferien nicht zur Erholung nutzen können. Zudem bleibt unklar, wie groß die Benachteiligung der Gütersloher Schüler\*innen, durch weiteren Unterrichtsausfall und die fehlenden Ferien ausfallen wird. Gleichzeitig kritisierten wir auch die Politik im Allgemeinen, denn "Wer Hunderte Milliarden für die Aufrechterhaltung ‚der Wirtschaft‘ ausgibt, sollte auch Geld haben, um das Recht auf Bildung unabhängig vom Portemonnaie der Eltern zu gewähren".

Im Juli fand Ende der Sommerferien eine Verbändebeteiligung zum Entwurf einer zweiten Verordnung zur befristeten Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 SchulG statt. Wir kritisierten in unserer Stellungnahme, dass Distanzunterricht dem Präsenzunterricht gleichgestellt werden soll. Somit soll auch der Distanzunterricht bewertet werden, was die LSV schon aufgrund der immer noch herrschenden Unterschiede in der technischen Ausstattung der Schüler\*innen aufgrund unserer Forderung nach Chancengleichheit ablehnte.

Außerdem forderte die LSV NRW eine weitgehende Anpassung der Prüfungsordnungen an die bestehende Situation, um ausgefallenen Unterricht zu kompensieren und für weitestgehend fairen Abschluss für alle Schüler\*innen zu ermöglichen (im Verhältnis zu vorherigen Jahrgängen. Im Zuge dessen übte die LSV allgemein Kritik an der Zentralisierung der Abschlüsse.

Im August fand unsere Forderung danach, den Unterricht soweit und solange möglich nach draußen zu verlagern nicht nur bei Schüler\*innen und Eltern Zustimmung; auch Wissenschaftler\*innen unterstützten unsere Forderung und stellten Materialien sowie Studien zum Thema bereit. Durch einen intensiven Austausch konnten wir unsere Forderungen im Verlauf noch konkretisieren. Nach den Ferien stellten wir außerdem eine Stellungnahme sowie eine FAQ zum Unterricht mit Maske online. Wir stellten insbesondere unsere Unterstützung heraus, forderten jedoch auch die Maskenpflicht im Unterricht auf Lehrkräfte zu erweitern - "Ansonsten können sie, aufgrund ihrer Kurswechsel und dem Aufenthalt im Lehrer\*innenzimmer, zu Superspreadern an Schule werden.". Weiterhin forderten wir, dass auch die Oberstufe, zumindest während die Maskenpflicht im Unterricht besteht, Hitzefrei bekommen kann. Zu unserer Stellungnahme erreichten uns viele Stimmen, zustimmend aber auch kritisierend. Diese beantworteten wir ausführlich. Zum 28.08., als sich abzeichnete, dass die Maskenpflicht im Unterricht nicht weiter verlängert würde, diskutierten wir intern über diese Entscheidung und veröffentlichten entsprechendes Social Media Material.

Anfang September äußerten wir uns auch in einer Pressemitteilung "Pressemitteilung: Aufhebung der Maskenpflicht" zu diesem Thema. Wir forderten zentral Schüler\*innen nicht schlechter zu behandeln als Arbeitnehmer\*innen und das TOP-Prinzip an Schule zu etablieren. "Nur durch andere Schutzmaßnahmen kann die Maskenpflicht abgelöst werden. Dies hat die Politik jedoch verschlafen: Es wird weder der Regelbetrieb eingeschränkt, noch werden wie zum Beispiel an anderer Stelle Plexiglasscheiben eingesetzt oder die Belüftung ausreichend sichergestellt. Eine Gefährdung für die Gesundheit der Schüler\*innen, Lehrer\*innen und vieler weiterer. [...] Wären Schüler\*innen Angestellte in einem Unternehmen, so wären sie während dieser Krise weitaus besser gestellt: Zum einen

müsste der Arbeitgeber die persönliche Schutzausrüstung stellen, die er einführt. Das verweigert das Schulministerium vehement – und das, obwohl Schüler\*innen im Gegensatz zu Angestellten nicht einmal Einkommen beziehen.“

Neben der Pressemitteilung äußerten wir unsere Forderung nach dem TOP-Prinzip auch im Expert\*innengespräch im Landtag zur neuen Coronaverordnung. Zudem kritisierten wir die geplante Bewertbarkeit des Distanzlernens. Der Distanzunterricht ist dem Präsenzunterricht nicht gleichzusetzen. Durch die Bewertung dieses Unterrichts kommt es zu einer neuen Dimension von sozialer Ungleichheit, denn jetzt hängt nicht nur der Lernerfolg, sondern auch direkt der Notenschnitt von einer guten technischen Ausstattung ab. Weiterhin erklärten wir Frank Rock (Schulpolitischer Sprecher der CDU), dass Motivation in der Schule nicht durch Noten geschaffen werden soll. Viel mehr braucht es interessanten und interaktiven Unterricht, der Spaß macht. Denn entgegen der Ansicht der CDU lernen Schüler\*innen nicht besser mit Druck.

Im September begannen wir zudem mit der Ausarbeitung eines Hygienekonzepts für die LDK. Denn schon damals stand fest: eine LDK, die Menschen aus dem ganzen Land versammelt, kann nur mit strikten Hygieneregeln funktionieren. Nach diesen Hygieneregeln planten wir auch die Tagesordnung der LDK - bis kurz vor der Absage. Wir versuchten im September auch noch die Initiative "Wir testen", die sich wie wir für Testungen für Schüler\*innen einsetzt, zu erreichen. Ende September nahmen wir am digitalen Kongress Kinder- und Jugendarbeit teil, der sich mit der Arbeit von Kinder- und Jugendorganisationen während der Pandemie auseinandersetzte.

Im Oktober nahmen wir an der Onlinediskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema "Was wird aus dem nächsten Schuljahr?" teil. Dort setzten wir uns abermals für ein geringeres Pensum in den Lehrplänen sowie mehr Wahlmöglichkeiten im Abitur ein, um den späteren Jahrgängen gerechtere Prüfungen zu ermöglichen. Denn letztlich werden die Folgejahrgänge viel mehr unter dem ausgefallenen oder unzureichenden Unterricht leiden, als die Prüfungsjahrgänge 2020. Zudem erreichte uns eine Anfrage zum Thema Attestpflicht bei Quarantäne, die wir beantworteten. Am 15.10. veröffentlichten wir die Pressemitteilung "Kultusminister\*innen schützen sich, aber nicht die Schüler\*innen" als Reaktion auf die digital stattfindende Kultusminister\*innenkonferenz. Denn die Kultusminister\*innen konnten es nicht verantworten in einem riesigen Hotelraum mit moderner Belüftungsanlage zu sitzen, während sie Schüler\*innen mit der Prämisse "Lüften reicht" in kleine Klassenräume schicken. Ende Oktober werden wir uns zudem mit Frau Ministerin und Herrn Staatssekretär treffen, um auf die aktuelle Lage und Folgen der Coronapandemie einzugehen. Aufgrund der schriftlichen Art dieses Rechenschaftsberichts (und der damit benötigten Vorbereitung und Zeit) hat dieser Rechenschaftsbericht den Stand von Mitte Oktober. Spätere Termine sind aufgenommen, soweit sie damals bereits bekannt waren.

In 11, über die Monate verteilten, Gesprächen trafen wir uns mit Frau Ministerin Gebauer, Herrn Staatssekretär Richter, anderen Verbänden und Ministeriumsmitarbeiter\*innen. In diesen Gesprächen wurden die Verbände über die geplanten Maßnahmen des Schulministeriums informiert und konnten Änderungswünsche und Forderungen äußern. Wir brachten auf 11 Gesprächen die Interessen der Schüler\*innen ein und forderten etwa den Distanzunterricht nicht zu bewerten. Gleichzeitig setzten wir uns mit anderen Verbänden dafür ein, dass wir Schüler\*innen überhaupt zu diesen Terminen eingeladen werden - letztlich mit Erfolg.

Weiterhin nahmen wir an zahlreichen Presseterminen (zum Thema Corona über 30 (aufgrund der Spontanität vieler Anfragen können wir nicht alle Termine nachhalten, sodass die Dunkelziffer deutlich höher ist, vermutlich um die 50-60) teil, in denen wir die Position aus den vorgestellten Pressemitteilungen vertraten. Als Beispiel: allein an dem Tag, an dem bekannt wurde wie die Schulöffnungen aussehen würden hatten wir über 10 Presseanfragen. Bei einer solchen Menge an Anfrage landet nicht alles in den Arbeitsmedien und somit können wir euch aufgrund der besonderen Situation keine genaue Zahl nennen.

Zudem erreichten uns zu diesem Thema diverse Anfragen, die wir alle bearbeiteten und meist auch beantworteten. Diese (über 60) Anfragen lohnt es sich, aufgrund des vergleichsweise geringen Arbeitsaufwands und da daraus meist wenig entstand, nicht schriftlich darzulegen.

## **k) Erfolge der Legislatur 2019/2020**

An dieser Stelle möchten wir euch unsere größten politischen Erfolge der Legislatur vorstellen.

Nach mehrjährigem Engagement des Landesvorstands erreichten wir diese Legislatur die Abschaffung der grafikfähigen Taschenrechners (GTR). Der GTR ist in der Anschaffung teuer, er ist kompliziert und wird nach der Schulzeit nicht genutzt. Er ist genauso ein Delikt wie die Overheadprojektoren, die noch in vielen Schulen stehen. Jede\*r ehemalige Schüler\*in, die\*der in den mathematischen Bereich geht, wird mit Computerprogrammen arbeiten. Doch in diesem Bereich fehlt(e) das Wissen. Durch die Abschaffung des GTRs hat das Schulministerium nun die Chance einen Hauch Digitalisierung und Zukunftsdenken in den Mathematikunterricht zu bringen.

Bereits seit vielen Jahren fordern wir außerdem die Abschaffung der verpflichtenden Abweichungsprüfungen bei Abweichung "nach oben". Bis zum Abiturjahrgang 2020 mussten alle Abiturient\*innen, die in ihrer Abiturklausur deutlich besser waren, als ihre Vornote, in eine mündliche Nachprüfung - verpflichtend. Dort sollten sie unter Beweis stellen, dass ihre bessere Leistung im Abitur nicht Produkt eines Täuschungsversuchs ist. Damit wurden effektiv alle Schüler\*innen, die für ihre Abiturklausuren besonders gelernt hatten unter Generalverdacht gestellt. NRW war zudem das einzige Land, das noch an dieser Regelung festhielt. Aufgrund unserer Forderung gab das Schulministerium uns Anfang der Legislatur zunächst bekannt, dass die verpflichtenden Abweichungsprüfungen für den Abiturjahrgang 2021 abgeschafft werden. Aufgrund unserer Forderung zu Beginn der Pandemie schaffte das Ministerium die verpflichtenden Abweichungsprüfungen bereits zum Abiturjahrgang 2020 ab.

Für SVen erreichten wir zudem, dass im SV-Erlass ein Hinweis aufgenommen werden soll, dass SVen auf der Schulwebseite einen Bereich, ähnlich einem Schwarzen Brett, bekommen sollen. So wird der SV-Erlass zumindest in einem Teilbereich moderner und erlaubt den SVen einen einfacheren Kontakt zu Schüler\*innen und Interessierten. Für die LSV soll es ab dem Jahr 2021 leicht erhöhte Mittel vom Land geben. Konkret soll der Haushalt der LSV zunächst der Inflation angeglichen werden.

Außerdem gründeten wir Anfang der Legislatur das Bildungswerk der Landesschüler\*innenvertretung NRW e. V. (kurz BdL), dass einfache und nachhaltige finanzielle und ideelle Förderung von SVen, BSVen und der LSV als Aufgabe hat. Das BdL kann so zum einen als gemeinnütziger Verein Fördergelder weitervermitteln, die SVen ansonsten nicht hätten beantragen können. Zum anderen wird das BdL in der Zukunft eigene Teamer\*innen für SV-Seminare haben und kann so gezielt SVen und BSVen bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen.

In unserem letzten Gespräch mit Frau Ministerin Gebauer und Herrn Staatssekretär Richter formulierte das Ministerium zudem die langfristige Abschaffung des Konzepts "Bring your own device". Schüler\*innen sollen nun auf lange Sicht in NRW ein Gerät vom Land erhalten und kein eigenes mehr mitbringen müssen. Die LSV NRW fordert dies vor dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit bereits seit mehreren Jahren. Vorteilhaft an diesem Konzept ist, dass alle Schüler\*innen dieselben Programme nutzen können und die Geräte zentral verwaltet werden es demnach bei Problemen ein Ansprechpartner gibt. Zudem ist die LSV NRW mittlerweile deutlich bekannter in der Öffentlichkeit, was sich an den zahllosen Zuschriften und dem erhöhten Medieninteresse erkennen lässt. Das erreichten wir durch unsere vielen Pressetermine und Stellungnahmen.

Während der Corona-Krise erreichten wir zunächst, dass es für Abiturient\*innen freiwilligen Unterricht nach den Osterferien 2020 gab. So konnten Schüler\*innen entscheiden, ob sie lieber für sich wiederholen möchten, oder sie lieber im Unterricht Fragen stellen und gemeinsam wiederholen. Gleichzeitig erreichten wir auch die Verschiebung des Abiturs 2020, die durch den ausgefallenen Unterricht mehr als notwendig wurde.

Zudem etablierte der Landesvorstand während der Corona-Krise eine tägliche Arbeitssitzung, die "Aktuelle Stunde", in der wir zu Hochzeiten fünfmal die Woche zusammenkamen und, wie der Name vermuten lässt, tagesaktuelle Themen besprachen, Pressemitteilungen formulierten und Positionen bildeten. Zurzeit finden die Sitzungen zweimal die Woche statt.

Mit anderen Verbänden erreichten wir, dass auch die Schüler\*innen (in Form der LSV NRW) zu den Krisengesprächen des MSB in der Corona-Krise eingeladen werden. Auf diesen Krisengesprächen forderten wir unter anderem gemeinsam mit anderen Verbänden die Formulierung, dass "kein Unterricht in nicht belüftbaren Räumen stattfinden darf". Auf diese Formulierung beriefen sich später Schulen, die Presse und auch das Ministerium.

Auch durch unsere Social-Media-Aktion Hygieneverstöße an Schulen zu melden, sodass sie behoben werden können erreichten wir Politik und Betroffene gleichermaßen und schafften Bewusstsein dafür, dass die Theorie, die Schulpolitiker\*innen beschließen häufig immens von der Praxis in den Schulen abweichen.

Als im Sommer eine Maskenpflicht im Unterricht erlassen wurde, setzten wir uns für Hitzefrei in der Sekundarstufe II ein. Uns war schon vor Corona unverständlich, inwiefern ältere bei den hohen Temperaturen nun besser lernen können. Insbesondere mit einer Maske halten wir jedoch das Schwitzen im Klassenraum für unverantwortlich und brachten die Politik dank unserer Intervention ebenfalls zum Umdenken und Erlassen des Hitzefreis auch für die Sekundarstufe II.

Für das Abitur 2021 setzten wir uns für mehr Auswahlmöglichkeiten bei den Abiturprüfungen ein, um individuelle Unterschiede beim unterrichteten Stoff auszugleichen. Während der Corona-Krise fiel zwar an den meisten Schulen gleichzeitig der Präsenzunterricht aus, dennoch sind Schulen jedoch frei in der Entscheidung, wann welches Thema unterrichtet wird. Dementsprechend ist eine ebenso individuelle Lösung für die Abiturprüfungen vonnöten, die wir fordern. Das Schulministerium folgt an dieser Stelle unserer Einschätzung und ist aktuell dabei für alle Fächer weitere Abituraufgaben formulieren zu lassen.

Auch beim aktuell noch verpflichtenden Unterricht für Abiturient\*innen nach den Osterferien 2021 konnten wir das Ministerium zum Umdenken bringen. Herr Richter stimmte uns zu, dass freiwilliger Unterricht in den Abiturfächern eine sinnvollere Lösung wäre, die das Ministerium umsetzen solle.

Letztlich möchten wir auch als Erfolg verbuchen, in dieser Legislatur so viel thematische Arbeit geschafft zu haben. Wir formulierten mehrere Pressemitteilungen und eine Resolution zur Klimakrise, eine Resolution zu unserem Verständnis eines modernen Sexualkundeunterrichts, sowie eine Resolution zu den schrecklichen Gewalttaten rechter Terroristen - um nur einen Teil unserer thematischen Arbeit zu nennen. Dies alles erreichten wir trotz vieler Versuche die LSV als solche und insbesondere die LDKen zu inhaltslosen Veranstaltungen zu machen. Ob wir einem Misstrauensvotum oder dem Versuch, die LDK mit zahllosen Anträgen zu blockieren, die weder Erfolgchancen hatten, noch eine neue Idee waren, über die nicht bereits mehrere Male diskutiert wurde, trotzten. Wir hoffen nun mit unserer gesamten thematischen Arbeit eine inhaltsreiche, produktive aber auch kontroverse LDK füllen zu können und gemeinsam den Schüler\*innen NRWs nicht nur eine Satzung, sondern auch eine Meinung zu geben.

### **3. Rechenschaftsbericht für die 2. O-LK<sup>4</sup>**

---

<sup>4</sup> vom 04.02.2021

- a) Unsere Grundsätze
- b) Menschenwürde und Diskriminierung
- c) Inklusion
- d) Bildungsunterfinanzierung
- e) Demokratische Schule
- f) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht
- g) Antimilitarismus
- h) Nachhaltigkeit
- i) Sonstiges
- j) Sonstiges - Corona

## **a) Unsere Grundsätze**

Schule soll ein Ort des Lebens, des gemeinsamen Lernens und des Respektes sein. Respekt gegenüber dem Gegenüber, aber auch gegenüber der Natur und den Menschenrechten. Auch in der Grundschule soll die Vermittlung dieser Werte im Vordergrund stehen. Ein Wettbewerb um die beste Note oder leistungsorientierte Lehrpläne erfüllen nicht diese Prämisse. Daher haben wir uns im Rahmen einer Verbändebeteiligung zu insgesamt 11 Kernlehrplänen positioniert. Wir forderten mehr Digitalisierung (insbesondere in der praktischen Anwendung), die Etablierung des sozialen Geschlechts (Gender) in den Lehrplänen, den Ersatz der Benotung durch Evaluationsgespräche (vgl. Z. 465 ff. Grundsatzprogramm (GPO)) sowie einzelne fachliche oder didaktische Punkte. So forderten wir in Sport etwa den Fokus auf Teamgeist, gesunde Lebensweise sowie Respekt zu legen, anstatt eine Wettkampfatmosphäre zu schaffen (vgl. Z. 235 ff. GPO). Zudem forderten wir die Abschaffung des Religionsunterrichts und die einheitliche Einführung des Faches Ethik (vgl. Z. 193 ff. GPO). Außerdem forderten wir im Rahmen der Verbändebeteiligung, endlich eine Schüler\*innenvertretung an Grundschulen zu errichten und dieser weitreichende Mitbestimmungsrechte zu geben. Eine Schule kann keine Demokratie lehren, wenn sie nicht auch gelebt wird!

Mit diesem Thema beschäftigte sich auch das Democracy Lab "Bildung ein Glücksspiel", an dem wir teilnahmen und die Zusammenhänge zwischen Demokratie, politischer Bildung und Schule diskutierten. Auf der Fachtagung "Eine Jugendstrategie für NRW" sprachen wir mit anderen Jugendverbänden über Forderungen zur Partizipation von Jugendlichen. Zudem positionierten wir uns in der Pressemitteilung "Schülerausweis her' - die neue Realität auf Fridays for Future-Demos" gegen den Entwurf der Landesregierung für ein neues Versammlungsgesetz. Schüler\*innen wird bereits jetzt kein Streik-/Demonstrationsrecht zugesprochen, durch die Einführung von Ausweiskontrollen und die anderen geplanten Maßnahmen würden Schüler\*innen es noch schwieriger haben zu demonstrieren - sie müssten mit der Gefahr einer Ausweiskontrolle und anschließender Überbringung in die Schule (und den daraus resultierenden Ordnungsmaßnahmen) rechnen.

## **b) Menschenwürde und Diskriminierung**

Auch im Jahr 2021 sind die verschiedenen Diskriminierungsformen noch präsent in unserer Gesellschaft. Die soziale Ungleichheit nimmt im Angesicht der fortwährenden Coronapandemie bisher unerreichte Höhen an - man denke nur an die Kosten von FFP2-Masken, die einkommenslose Personen nun tragen müssen. Gerade beim Thema Genderdiversität hat Schule (in NRW) noch einiges an Aufholbedarf. Es sind weder die (Kern-) Lehrpläne, noch die Rechtsgrundlagen auf Gendervielfalt ausgerichtet. "Schülerinnen und Schüler" [sic] lernen in NRW etwas über die Ehe und wie sie Kinder bekommen können. Über den kleinen Genderstern "\*", der aber einen so großen Unterschied macht - nämlich ein soziales Geschlecht anzuerkennen, dass jede\*r selbst

wählen kann - lernen sie aber in aller Regel nichts. Daher setzte sich die LSV unter anderem in einem intersektionalen Netzwerkgespräch zum Thema "Diversität in Schule und Unterricht" genau dafür ein.

Zu diesem Thema hat die Landesgeschäftsstelle (LGS) jetzt zudem einen Themenkoffer "Feminismus- und LGBT\*-Koffer" vorrätig, der mit Büchern, Infomaterial, etc. gefüllt ist. Dieser kann von BSVen, SVen, etc. ausgeliehen werden.

Ebenfalls wurde ein Antimobbingkoffer zusammengestellt, der auch ausgeliehen werden kann.

Im Hintergrund der Menschenwürde diskutierten wir auf einer Onlinediskussion der Friedrich-Ebert Stiftung die Schutzmaßnahmen und die Abwägung zwischen Gesundheit und Bildung mit anderen Akteuren. Dabei stellten wir unseren Grundsatz - Gesundheit an erster Stelle - in den Vordergrund, diskutierten jedoch auch, ab wann Risiken eingegangen werden können und sollten, um (Präsenz)Unterricht durchführen zu können. Denn der derzeitige "Distanzunterricht" stellt in unseren Augen keinen vergleichbaren Ersatz für richtigen (Präsenz)Unterricht dar. Schüler\*innen mit keinen oder zu kleinen Geräten oder einer schlechten häuslichen Situation werden durch den Distanzunterricht und die Bewertung dessen unangemessen benachteiligt. Aber auch privilegierte Schüler\*innen leiden unter den Distanzangeboten, die häufig unpersönlich, schlecht aufbereitet und wenig kommunikativ daher kommen. Zudem lassen sich die Möglichkeiten der zwischenmenschlichen Interaktion in Videokonferenzen weit schlechter umsetzen als im Präsenzunterricht. Durch die soziale Abschottung führt Corona zu immer mehr Fällen von Vereinsamung, Verwahrlosung und Nervenzusammenbrüchen bei Schüler\*innen - die psychische Gesundheit der Schüler\*innen leidet zunehmend.

Außerdem führten wir unsere Zusammenarbeit mit DialOGStandorte (ein Projekt zum kinderorientierten Ganztage) weiter fort und nahmen an der zweiten Fachbeiratssitzung teil, in der wir den bisherigen Fortgang rückblickend betrachteten und evaluierten. Dabei wurden seitens der Projektleitung erste inhaltliche Schwerpunkte bekannt gegeben, außerdem wurde über die Umgestaltung der Projektstruktur gesprochen (weiteres unter: <https://www.dialogstandorte.de/>).

## c) Inklusion

Auch in der jetzigen schwierigen Situation ist das Thema Inklusion ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit im Landesvorstand und begegnet uns weiterhin alltäglich. Die Herausforderung gerade jetzt ist die Schwierigkeit, Schüler\*innen mit Inklusionsbedarf zu fördern und ihnen die Chancen und Möglichkeiten zu geben, an unserem Bildungssystem teilzunehmen. Der Landesvorstand hat mit Frau Gebauer das Thema Inklusion in Zeiten von Corona und dessen Umsetzung und Schwierigkeiten besprochen. Zudem gab es Austausch und Fachgespräche mit Verbänden.

„Das Menschenrecht auf Inklusion wird in unseren Schulen noch immer nicht durchgesetzt.“ So steht es in unserem Arbeitsprogramm. Im November 2020 hat der Landesvorstand sich nochmal intensiver mit dem Thema Inklusion beschäftigt und einen Online-Workshop dazu abgehalten. In diesem ging es um die verschiedenen Modelle der Inklusion und welches Modell am ehesten auf Nordrhein-Westfalen zutrifft. Dabei ist herausgekommen, dass die Landesregierung immer von Inklusion spricht, aber eigentlich sich noch in der Integration befindet.<sup>5</sup> Dies reicht uns als LSV nicht aus und wir fordern deshalb weiterhin die Inklusion so wie das Schulmodell der IGGS.

---

<sup>5</sup> Kurz gefasst: Integration meint, dass alle unterschiedlichen Schüler\*innen an die Schule angepasst werden - Inklusion meint, dass die Schule sich an die unterschiedlichen Schüler\*innen anpasst.

## **d) Bildungsunterfinanzierung**

Gerade das Problem der Bildungsunterfinanzierung wurde im Verlauf der Pandemie immer offensichtlicher. Weder waren die Schulen durch ausreichend große Klassenräume, genug Lehrkräfte für kleine Lerngruppen oder einfach funktionierende Fenster ausgestattet, noch standen annähernd genug Tablets / Laptops für das Homeschooling bereit, weder für Schüler\*innen, noch für Lehrkräfte. Dies mündete letztlich darin, dass der "Distanzunterricht", wenn er überhaupt digital stattfand, durch viele Schüler\*innen nicht gut bis gar nicht verfolgt werden konnte. Die Teilnahme scheiterte bei der einen an den häuslichen Verhältnissen und bei dem anderen an fehlenden Geräten oder einer überlasteten Internetleitung. Hätte die Politik bereits früher auf die Forderungen der LSV NRW gehört, wie z.B. die Klassengröße auf 15 Schüler\*innen zu reduzieren oder Schüler\*innen mit landeseigenen Laptops auszustatten, so wäre zumindest die Bildungskrise eine kleinere.

Mit dem freien Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) entwickelten wir gemeinsame Forderungen, um die Auswirkungen der Bildungsunterfinanzierung während der Pandemie zumindest kurzfristig abzufedern, darüber hinaus sind weitere gemeinsame Projekte in Planung; konkretere Informationen gibt es aber angesichts des aktuellen Standes der Kooperation noch nicht.

Zudem kritisierten wir das Versagen der Landesregierung, sich dem Problem der Bildungsunterfinanzierung anzunehmen; hier hätte die Landesregierung von Anfang an entschiedener handeln und mehr Geld investieren müssen. In fast jedem Gespräch bzw. Termin zu Corona betonten wir, dass die massive Bildungsunterfinanzierung maßgeblich mit für das Ausmaß der aktuellen Bildungskrise verantwortlich ist.

Eine weitere Folge der Bildungsunterfinanzierung sind die vielen maroden Schulgebäude in NRW mit ihren dreckigen Toiletten - ein Thema, um das sich SVen, BSVen und auch die LSV seit Jahrzehnten kümmern, das aber erst seit "Corona" auch von den Politiker\*innen als Problem gesehen wird. Zur Sauberkeit von Schultoiletten führten wir ein Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger.

## **e) demokratische Schule**

Eine demokratische Gesellschaft kann es nur geben, wenn schon Kinder mit Demokratie groß werden. Das zeigen auch verschiedene Studien zum Wahlverhalten von Erstwähler\*innen, die feststellen: Können Jugendliche erst wählen gehen, wenn sie vor einer neuen Lebensphase stehen (Umzug, Universität, Ausbildung, etc.), sinkt die Wahlbeteiligung stark.<sup>6</sup> Eine größere Beteiligung von Schüler\*innen sowohl an außerschulischen Wahlen, als auch innerschulischen Entscheidungen führt also dazu, dass Jugendliche auch nach ihrer Schullaufbahn ihre demokratischen Rechte wahrnehmen.

Aus diesem Grund forderten wir in der Landtagsanhörung zum Thema Mitbestimmung in Kita und Schule weitreichende Mitbestimmungsrechte für Schüler\*innenvertretungen an Grund- und weiterführenden Schulen. Zudem stellten wir fest, dass politische Arbeit nur mit entsprechenden Mitteln möglich ist und forderten mehr Mittel für Schüler\*innenvertretungen aller Ebenen.

Außerdem stellten wir eine Rechtsanfrage an das Schulministerium, die sich mit Schüler\*innenvertretungen an Schulen in privater Trägerschaft auseinandersetzt.

## **f) politische Bildung und Wirtschaftsunterricht**

---

<sup>6</sup> Vgl. etwa Schäfer Armin (2018); Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland; S. 37.



Mitte Januar brachte die Landesregierung eine Anpassung der Lehramtsausbildung auf den Weg, durch die das Fach Sozialwissenschaften abgeschafft wird. Ersetzt werden soll dieses, nun auch in der Lehrer\*innenausbildung, durch das Fach Wirtschaft/Politik. Ein Fach, das die LSV NRW seit Jahren aufgrund des schwindenden Anteils politischer Bildung kritisiert. Nun soll dem Fach in Zukunft auch noch der interdisziplinäre Blick der Sozialwissenschaften fehlen, indem soziologische Inhalte aus dem Lehrplan verschwinden - ein weiterer Schritt der Ökonomisierung von Schule. Die Verdrängung der Gesellschaftswissenschaften und damit auch der Politik- und Demokratiebildung finden zugunsten von herrschenden ideologischen Vorstellungen statt, wie dem Neoliberalismus, die unter dem Deckmantel der "ökonomischen Bildung" vermittelt werden. Ziel ist längst nicht mehr die Ausbildung "mündiger Bürger(\*innen)", sondern die Ausbildung von Arbeitskräften im Dienste der herrschenden ökonomischen Verhältnisse.

Dies brachten wir auch in unserer Pressemitteilung "Nein zur Abschaffung des Faches Sozialwissenschaften" zum Ausdruck. Unter anderem stellten wir fest "Aktuelle Sozialwissenschaftslehrkräfte werden das neue Fach Wirtschaft/Politik (nach einer Übergangszeit) nur nach einer Fortbildung unterrichten dürfen. Eine Fortbildung, die bis auf einige Plätze von der freien Wirtschaft, laut Regierung etwa bei der Deutschen Bank, angeboten wird (vgl. Kleine Anfrage 17/12231)." "Welche Prägung das Fach also annehmen soll, ist klar: weg von einer pluralen Sozialwissenschaft hin zu einem Wirtschaftsunterricht, der Schüler\*innen bestens auf ihre Ausbildung bei der Deutschen Bank vorbereitet", konkludiert unsere Pressemitteilung. Zu diesem Thema führte der Deutschlandfunk auch ein Interview mit uns.

## **g) Antimilitarismus**

Auch im Jahr 2021 rekrutiert die Bundeswehr weiterhin Minderjährige. Deswegen plant die LSV NRW gemeinsam mit ihren Bündnispartner\*innen des Bündnisses "Schule ohne Bundeswehr NRW", der BSV Düsseldorf und dem Bündnis Rote Hand anlässlich des Red-Hand-Day eine Mahnwache und Kundgebung vor dem Landtag NRW. Dieses Jahr waren die Zentralen Forderungen des Red Hand Day in Deutschland, dass keine Unter-18-Jährigen in Armeen (auch nicht in der Bundeswehr) eingebunden werden dürfen, keine Waffen in Kinderhände gelangen, Waffenexporte zu stoppen und deutlich mehr Mittel für Hilfsprogramme für Kindersoldat\*innen und Kindern in Kriegsgebieten. Außerdem wurde die Bundeswehr-Kampagne "Dein Jahr für Deutschland" kritisiert.

## **h) Nachhaltigkeit**

In der Stellungnahme zum Fach Sachkunde in der Grundschule<sup>7</sup> kritisierten wir den Umgang mit der Klimakrise. Der aktuelle Entwurf umschiffet das Thema und nennt das Problem, den Klimawandel, nicht mal beim Namen. Daher forderten wir, dass die Schüler\*innen insbesondere die Auswirkung menschlichen Verhaltens auf die Umwelt (den Klimawandel) thematisieren und reflektieren sollten. Dies muss zwingender Teil des Lehrplans an jeder Schule sein. Schließlich ist der Klimawandel nicht nur die wohl drängendste Aufgabe aktueller und kommender Generationen, sondern, an den Teilnehmerzahlen der Fridays for Future-Demonstrationen gemessen, auch ein Thema, das Schüler\*innen überproportional beschäftigt.

## **i) Sonstiges**

---

<sup>7</sup> siehe auch a) Unsere Grundsätze

Aufgrund deren Anfrage tauschten wir uns mit den JuLis NRW digital aus. Dabei standen die Themen "Distanzunterricht", Digitalpakt und die Verschiebung der Sommerferien im Fokus. Trotz verschiedener Positionen konnten wir gemeinsame Werte und Positionen finden, bei denen eine weitere Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen ist.

Zudem führten wir den LSV-Adventskalender auf Instagram ein. Jedes Türchen stellte eine Position der LSV NRW oder ein aktuelles politisches Thema dar und verwies auf weiteres Infomaterial.

Ansonsten reagierten wir auf den Schulstreik von zwei Schulen in NRW (Mönchengladbach und Essen), dazu schrieben wir anlässlich einer damit verbundenen Kundgebung in Mönchengladbach ein Grußwort und solidarisierten uns mit dem Protest der Schüler\*innen für mehr Infektionsschutz.

Ebenfalls auf Anfrage von der Linken NRW tauschten wir uns mit ihr am 22.01. aus und sprachen über Möglichkeiten späterer Zusammenarbeit.

Am 03.02. hielten wir zudem einen Onlineworkshop für SV-Lehrkräfte, mit dem Ziel, Lehrkräfte für eine BSV-Gründung zu finden.

Mit der DGB-Jugend bereiteten wir das Seminar "Schulpolitik leicht gemacht" vor, welches am 26.02.-28.02. stattfinden wird und warben für dieses.

## **j) Corona**

Leider dominiert die Coronapandemie immer noch die (Schul)Politik und so auch unsere Arbeit. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, das Thema Corona unter einem separaten Punkt im Rechenschaftsbericht zu führen.

### **November**

Im November entschlossen sich die Landesregierungen zunächst dazu, keine weiteren Regelungen abzusprechen. Entsprechend bemängelten wir die fehlende Planungssicherheit, sowohl für die Schulleitungen und Lehrkräfte, als auch für uns Schüler\*innen. Auf dem Schulgipfel der SPD und der Grünen diskutierten wir mit Expert\*innen und anderen Verbänden über aktuelle Beschlüsse, mögliche Lösungen und kommende Probleme wie die Abschlussprüfungen.

Zudem stellten wir in einer großen Stellungnahme "Unterrichtsorganisation während Corona" die Forderungen der LSV NRW dar. Unsere Forderungen beruh(t)en auf der IGGS, also der inklusiven Ganztages Gesamtschule, die die LSV NRW in ihrem Grundsatzprogramm fordert. So sollen kleinere feste Gruppen aus den Klassen gebildet werden, die abwechselnd einen Tag zur Schule gehen und einen Tag "Distanzlernen" betreiben. Dadurch könnte sowohl das Problem der sozialen Abschottung, als auch die Gefahr der Verwahrlosung verringert werden. Zudem sänke die Infektionsgefahr im Vergleich zu einer ganzen Klasse im Präsenzunterricht. Zugleich erneuerten wir unsere Forderung nach fairen Prüfungen, durch die dezentrale Anpassung von Lehrplänen und mehr Vorschlägen für zentral gestellte Abschlussklausuren.

Schüler\*innen, die aufgrund der geringen Schutzmaßnahmen an ihrer Schule streiken wollten, sandten wir ein Grußwort.

### **Dezember**

Im Dezember wurde die Debatte um die Verlängerung der Weihnachtsferien laut. Hierzu positionierten wir uns und begrüßten den Vorstoß, so zumindest für die Weihnachtstage höhere Sicherheit zu gewährleisten. Zudem wurde der Schulbetrieb ab dem 14.12. massiv eingeschränkt, ebenfalls eine gute Entscheidung. Die Aussage des Schulministeriums, den Distanzunterricht weiterhin bewerten zu wollen und als dem Präsenzunterricht gleichwertig anzusehen, kritisierten wir jedoch heftig, denn dadurch werden ärmere und „sozial schlechter gestellte Menschen stark benachteiligt. Dabei ist Distanzunterricht in jeder Schule

anders, je nachdem, welche technische Ausstattung vorhanden ist und über welche Möglichkeiten Lehrer\*innen und Schüler\*innen verfügen.“ Dies formulierten wir in der „Pressemitteilung zu den aktuellen Coronabeschlüssen“ vom 11.12.2020.

Weitere Forderungen zum Schulbetrieb nach den Sommerferien brachten wir in der Pressemitteilung „Anforderungen an Schule nach dem Lockdown“ vom 15.12.2020 an.

## **Januar**

Das neue Jahr begann die Regierung mit der löblichen Entscheidung, den Lockdown und die Schulschließungen bis in den Februar zu verlängern. Soziale Gerechtigkeit und seelische Gesundheit blieben aufgrund der fortwährenden Bewertung des Distanzunterrichts jedoch weiterhin auf der Strecke.

Zum Thema Abschlussprüfungen („Schauspiel Schulabschlüsse: Gebauer versagt in der Regie“) und bezüglich des „Distanzunterrichts“ („Das Versagen der Politik gestern macht den „Distanzunterricht“ heute unabdingbar“) veröffentlichten wir am 11.01.2021 und 13.01.2021 jeweils eine Pressemitteilung. Wir forderten, bezogen auf Abschlussprüfungen, erneut die Wahlfreiheit zwischen Präsenzprüfungen und einer Durchschnittsnote, sowie, bezogen auf den „Distanzunterricht“, den Bewertungsstopp sowie Maßnahmen zur Abschwächung der sozialen Ungerechtigkeit.

Soziale Ungerechtigkeit war zudem das Thema der nächsten Pressemitteilung:

„Gesundheitsschutz hat einen Preis: Soziale Ungerechtigkeit“ (vom 20.01.2021). In dieser stellten wir heraus, dass „Junge wie alte Menschen, die nur wenig Wohnraum zur Verfügung haben und sich keine (modernen) digitalen Geräte leisten können, [...] wesentlich stärker unter Kontaktbeschränkungen, Schulschließungen und ggf. sogar Ausgangssperren [leiden]! Doch [...] [es] gibt genug Wohnraum, genug gute Nahrung und genug Ressourcen auf der Welt, diese sind nur sehr ungerecht verteilt.“

Ende des Monats folgte die Landesregierung der Forderung der LSV NRW, Schüler\*innen endlich auch in den Schulen am „Distanzunterricht“ teilnehmen zu lassen, sogenannte Study Halls wurden geschaffen. In unserer Pressemitteilung „Endlich Study Halls – ein erster Schritt in die richtige Richtung“ vom 29.01.2021 begrüßten wir diesen Schritt, forderten jedoch, dass nicht nur Schulleitungen das Angebot unterbreiten dürfen, sondern dass auch Schüler\*innen proaktiv auf die Schulleitung zugehen dürfen. Zudem forderten wir weiterhin, andere öffentliche Räume als Study Halls zu nutzen.

Auf einem Fachgespräch zu Berufskollegs von SPD und Grünen sprachen wir uns für „Distanzunterricht“ und gegen dessen Benotung aus. Zudem tauschten wir uns über Abschlüsse aus.

Am 06.01. nahmen wir an einem Informations- und einem Verbändegespräch vom Schulministerium teil, indem kommende Beschlüsse thematisiert wurden.

Wir sprachen außerdem am 20.01. mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion in einem Liveformat über die aktuellen Beschlüsse.

## **Februar**

Im Februar nahmen wir an der Kampagne „Du hast das Wort“ der Linken teil, in der wir unsere Position zum aktuellen bildungspolitischen Geschehen per Video teilten.

Zudem tauschten wir uns auf dem zweiten Schulgipfel der SPD am 04.02.2021 mit Expert\*innen und anderen Verbänden über die aktuelle Lage aus.

Aufgrund diverser Beschwerden / Anfragen von Schüler\*innen an uns informierten wir zudem darüber, dass eine Teilnahme mit Videoübertragung am „Distanzunterricht“ freiwillig ist.

Zudem werden wir im Laufe des Februars an zwei Austauschgesprächen mit Kreisgruppen der JuSos und einem Austauschgespräch mit der Grünen Jugend NRW teilgenommen haben.

Auch wird eine Pressemitteilung zu Digitalisierung unter Corona, den Einflüssen des Kapitalismus auf Schule unter Corona sowie eine Pressemitteilung zu seelischer Gesundheit unter Corona veröffentlicht.

Zum Red-Hand-Day wird die LSV NRW an einer Mahnwache vor dem Landtag teilnehmen und dazu, unter Berücksichtigung der pandemischen Lage, aufrufen.

### **Weitere Pressearbeit**

Im Rahmen der oben beschriebenen Arbeit beantworteten wir 27 Presseanfragen. Angesichts der Menge der Anfragen ist es uns nicht möglich gewesen, zu jedem Interview einen Bericht anzufertigen, außerdem wurden alle Anfragen auf Grundlage unserer Positionen zu den jeweiligen Zeitpunkten beantwortet, so könnt Ihr die Positionen, die wir in den jeweiligen Interviews vertreten haben, in unseren Positionspapieren, Pressemitteilungen sowie dem Grundsatzprogramm und dem Arbeitsprogramm nachlesen.

Darüber hinaus veröffentlichen wir seit dem letzten Zwischenrechnungsbildbericht einige Texte, darunter vorwiegend Pressemitteilungen, aber auch Positionspapiere. Aus Gründen der Übersichtlichkeit findet Ihr diese auch auf der LSV-Homepage (<https://lsvnrw.de/aktuelles/>).

Außerdem beantworteten wir fast täglich Anfragen, Briefe, Petitionen, etc. von Schüler\*innen zu rechtlichen oder bildungspolitischen Themen.

## **3. Rechenschaftsbericht für die 131. O-LDK**

- a) Unsere Grundsätze
- b) Menschenwürde und Diskriminierung
- c) Inklusion
- d) Bildungsunterfinanzierung
- e) Demokratische Schule
- f) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht
- g) Antimilitarismus
- h) Nachhaltigkeit
- i) Sonstiges
- j) Sonstiges - Corona

### **a) Unsere Grundsätze**

Im Landtag nahmen wir an der Expert\*innenbefragung zur Ersten Hilfe und Wiederbelebung durch Laien teil. Auf dieser betonten wir die Wichtigkeit der Schulsanitäter\*innen und der Notwendigkeit einer besseren Ausbildung aller Schüler\*innen in diesem Bereich.

Für die 131. O-LDK bereiteten wir thematische Inputs als Einstieg in diese ungewohnte Form der LDK vor. Diese sollen die Themen der LSV den Delegierten näher bringen und entsprechen daher größtenteils unseren Grundsätzen oder den nachfolgenden Bereichen. Gleiches gilt für die weiteren von uns vorbereiteten Online-Workshops.

Dass die Schule nicht nur Lernort, sondern auch Lebensmittelpunkt der Schüler\*innen ist, war Thema der von uns besuchten Podiumsdiskussion "Schule als sozialer Kosmos".

Zum Thema Sexualkunde und Sexualpädagogik nehmen wir an einem Werkstattgespräch teil. Zudem werden wir an einem Netzwerkgespräch zur Medienkompetenz teilnehmen.

### **b) Menschenwürde und Diskriminierung**

Anlässlich des Jahrestages des Attentats in Hanau forderte die LSV NRW "Erinnerung! Gerechtigkeit! Aufklärung! Konsequenzen!", damit stellte sich die LSV NRW ganz klar gegen Rassismus und das Dulden von Hetze und Gewalt der extremen Rechten und forderte, dass gerade die Schule einen großen Einfluss hat. Dieser muss auch aktiv genutzt werden, um Diskriminierung zu verhindern, am besten kann dies nach Auffassung der LSV NRW im Rahmen der IGGS ablaufen.

Außerdem nutzte der Vorstand den internationalen Frauenkampftag, um sich für Empowerment und Emanzipation in der Gesellschaft und Schule starkzumachen. Denn das strukturelle Problem des Sexismus macht auch vor den Schultoren nicht halt und muss dementsprechend ebenfalls aktiv angegangen werden.

Des Weiteren stellte die LSV NRW die World Vision Kinderstudie mit vor und verdeutlichte dort erneut, wie es den Schüler\*innen während der Pandemie geht und was für negative Auswirkungen die Pandemie auf die Chancengleichheit hat. Zudem ist die LSV NRW Teil des Bündnisses Versammlungsgesetz stoppen, um diese wichtige Form der Beteiligung an der Demokratie zu erhalten und somit besonders den Schüler\*innen weiter zugänglich machen. Denn aus Sicht der LSV NRW steckt hinter diesem Gesetz die Idee, FfF-Demos in gewisser Weise zu unterbinden und im generellen linken Protest zu kriminalisieren und zu verhindern, da mittels einer Ausweiskontrolle alle Schüler\*innen wieder nach Hause geschickt werden. Aus diesem Anlass entstand auch die Pressemitteilung “Schülerausweis her” – die neue Realität auf Fridays for Future-Demos”.

Zudem fand ein Austausch mit der Schule der Vielfalt statt, bei dem es vor allem um unterschiedliche Arten von Diskriminierung ging.

### **c) Inklusion**

Als Teil des Bündnis Inklusive Bildung NRW hat die LSV NRW an der Landespressekonferenz zum Erlass “Gemeinsames Lernen in der Grundschule” teilgenommen. Dort wurde von uns kritisiert, dass die Aufnahme von Grundschüler\*innen mit Förderschwerpunkt erschwert wurde und damit ein längerer Schulweg verbunden ist. Außerdem wird die Fortbildung von Lehrkräften im Bereich der Inklusion nicht ausreichend gewichtet und nicht ausreichend geschultes Personal eingesetzt. Damit hatte sich zuvor auch schon der Fachbeirat inklusive schulische Bildung auseinandergesetzt, in dem die LSV NRW ebenfalls vertreten ist. Besagter Fachbeirat wurde in Kooperation mit anderen Verbänden wegen seiner fehlenden Wertschätzung durch die Landesregierung und die daraus resultierende fehlende Möglichkeit der Einflussnahme auf die Entscheidungen dieser im Rahmen eines Briefs an die Landesregierung kritisiert.

### **d) Bildungsunterfinanzierung**

Während der Pandemie wurde auch die Bildungsunterfinanzierung nicht besser, so beläuft sich der aktuelle Bildungsrückstau auf 55 Milliarden Euro in ganz Deutschland. Das macht die Bewältigung einer Pandemie in diesem Ausmaß nicht einfacher, sondern das Gegenteil ist der Fall. Dies sprach die LSV NRW in einer Austauschrunde des Kölner Stadt-Anzeigers an, in der es um den Unterricht der Zukunft ging. Anlässlich des UN-Welttags gegen soziale Ungleichheit forderte die LSV NRW, dass die Inklusive Ganztags Gesamtschule eingeführt wird, da es in dem aktuellen Schulsystem absolut unmöglich ist, Chancengleichheit herzustellen, durch die chronische Unterfinanzierung, den massiven Lehrkräftemangel, die Wahrnehmung der Schüler\*innen als “Humankapital” und vielem mehr. Der Bildungserfolg darf nicht in Abhängigkeit von dem Elternhaus entschieden werden. All diese bereits existierenden Probleme haben sich durch die Pandemie nur noch verschärft. Des Weiteren wurde auch im Landtag bei Expert\*innengesprächen im Schulausschuss mehrfach auf die finanzielle Lage von Schulen und der nicht existierenden finanziellen Unterstützung von SVen hingewiesen und gefordert, dass die SVen verpflichtend Geld vom Land bekommen müssen, damit politische Arbeit und andere Projekte umsetzbar werden.

### **e) Demokratische Schule**

Die LSV NRW wurde eingeladen, zum Thema Schüler\*innenpartizipation und dessen Auswirkungen im Schulalltag an der Uni Witten zu sprechen. Dort haben wir die Strukturen der Schüler\*innenvertretung in NRW vorgestellt und welche anderen Möglichkeiten es gibt,

sich auch außerhalb der eigenen Schule, schulpoltisch zu engagieren. Danach gab es eine Austausch- und Fragerunde. Zudem haben wir einen Abschnitt aus unserem Grundsatzprogramm "Mitbestimmung und Demokratie" als Abschluss Impuls vorgetragen.

## **f) Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht**

Anlässlich der fortschreitenden Entpolitisierung der sozialwissenschaftliche Fächer nahmen wir auch zum neuen Lehramtseingangserlass des Studiengangs Sozialwissenschaften Stellung. Dieser sieht vor, dass Lehrkräfte, die später Sozialwissenschaften unterrichten, nicht mehr in den Sozialwissenschaften geschult werden müssen. Ein offensichtlicher Widerspruch mit verheerenden Folgen, wie unsere Pressemitteilung feststellt: "Durch die Abschaffung des Lehramtsfaches Sozialwissenschaften verliert der Unterricht seinen interdisziplinären Charakter, welcher das Fach ausmacht", so Moritz Bayerl aus dem Landesvorstand der LSV NRW. Die gesellschaftlichen Fragestellungen, die das Fach Sozialwissenschaften aufwirft, sind komplex und nicht nur aus einer Perspektive zu beantworten. Dem Fach Wirtschaft/Politik fehlt ein wichtiger Blickwinkel. "Zudem ist zu befürchten, dass neue Lehrkräfte nun noch mehr auf Wirtschaftsunterricht gedrillt werden und so der Politikunterricht weiter leidet", resümiert Bayerl.

Um das Fach SoWi zu erhalten, machten wir uns im Bündnis #SoWibleibt stark. Wir nahmen an einer Podiumsdiskussion sowie drei Austauschgesprächen teil.

## **g) Antimilitarismus**

Wie in dem schriftlichen Rechenschaftsbericht der 2. O-LK bereits angeklungen ist, hat die LSV NRW sich intensiv mit dem Red Hand Day auseinandergesetzt, da der Tag aber nach dem schriftlichen Rechenschaftsbericht der 2. O-LK stattgefunden hat, sei hier darauf noch mal verwiesen.

## **h) Nachhaltigkeit**

Zudem nahm die LSV an Treffen des Netzwerks kostenloser ÖPNV teil und verfolgt damit, eine strukturelle Verbesserung für das Leben von Schüler\*innen zu erreichen, denn ein kostenloser ÖPNV hat größere Auswirkungen auf das Leben von Schüler\*innen als sich in erster Hinsicht erahnen lässt. Es ist nicht nur ein Weg soziale Teilhabe zu vereinfachen, sondern auch die Eigenverantwortlichkeit von Schüler\*innen zu fördern und ein ökologischeres Leben zu ermöglichen.

## **i) Sonstiges**

Viele tagesaktuelle Aufgaben und Themen lassen sich nicht unter einen der obigen Punkte fassen. Diese thematisieren wir unter Sonstiges.

### **Basis**

Mit unseren BSVen hielten wir sowohl über den BSV-Newsletter, als auch durch die einzelnen BSV-Ansprechpartner des LaVos Kontakt. Dies geschah sowohl durch Teilnahme in Präsenz (etwa bei der Gründungs-BDK der BSV Euskirchen), als auch digital auf BeVoSien (z.B. Düren, Mühlheim), BDKen (GBDK Recklinghausen) und Gesprächen (z.B. Mönchengladbach, Heinsberg).

### **Austausch mit Jugendorganisationen**

Wir tauschten uns mit der Grünen Jugend über unsere Positionen zur Bildungspolitik aus und sammelten mögliche Themen für eine Zusammenarbeit.

Mit der Bundesfachschaft der Jurastudenten tauschten wir uns über den Stand der Rechtswissenschaften in den Schulen aus und diskutierten, ob praktische Themen wie Verbraucherverträge in die Lehrpläne aufgenommen werden sollten. Die LSV Hessen fragte uns für einen Austausch mit deren Bundesdelegierten an, den wir allerdings dem neuen Landesvorstand überlassen. Über den DGB traten wir außerdem in den Austausch mit Berufsschüler\*innen und deren SVen über Berufsschulen.

### **Austausch mit Parteien**

Wir tauschten uns sowohl mit der SPD-Fraktion als auch der Linken aus. Mit den Linken NRW arbeiteten wir außerdem an der Kampagne "Du hast das Wort".

### **LSV-Internes**

Intern ließ der Landesvorstand seine Aktuellen Stunden, in denen abends Tagesaktuelles besprochen wurde, wieder aufleben. Außerdem bereiteten wir verschiedene Online-Workshops, die Online-LDK, sowie thematische Einstiege für diese vor. Auch die Kooperation mit dem BdL fand wie gewohnt statt.

### **Rechtsanfragen**

Des Weiteren beantworteten wir zahlreiche Rechtsanfragen (z.B. zur Anzahl von schriftlichen Leistungsnachweisen in der Sekundarstufe I oder zur angedrohten Löschung eines SV-Instagram Accounts).

Dem Landtag ließen wir anlässlich seines 75. Geburtstages eine Kurzgratulation mit unseren Wünschen für die weitere Zusammenarbeit zukommen.

Gegenüber dem Schulministerium empfahlen wir einen Berufsschüler für den Beirat für Ausbildungsförderung und BaFög des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Weiterhin nahmen wir an einer Studie der Fernuniversität Hagen teil. Zudem nahmen wir zu Angriffen gegen Schüler\*innenvertreter\*innen und den diffamierenden Anschuldigungen der BSK Stellung.

## **j) Sonstiges - Corona**

Auch im weiteren Verlauf des Frühjahres 2021 nahm die Arbeit durch Corona nicht ab. Um Euch weiterhin den besten Überblick zu gewähren, führen wir diesen Part des Rechenschaftsberichts weitestgehend chronologisch.

### **Februar**

Bis zum 14. Februar waren die Schulen NRWs noch immer geschlossen. Kurz vor unserer 2. OLK nahmen wir passend an der Videokonferenz der Landeselternkonferenz (LEK) zum Thema "Corona-lessons learned?!" teil. Ab dem 22. Februar öffneten dann die Schulen jedenfalls für Primarstufe und Abschlussklassen, weswegen wir zahlreiche Antworten von Schüler\*innen beantworteten und unsere Position vor der Presse darlegten.

### **März**

Im März öffneten dann die Schulen für fast alle Schüler\*innen. Im Wechselunterricht wurden so beinahe alle Kurse bis zu den Osterferien in Präsenz unterrichtet - trotz hoher Inzidenzwerte in vielen Städten.

Aufgrund der hohen Inzidenzwerte und der trotzdem stattfindenden Schulöffnungen sprachen wir uns in der Pressemitteilung "Schulöffnungen: Prüfungen first, Bedenken second" dafür aus, Schulöffnungen von der Einschätzung von Expert\*innen abhängig zu machen. Die Gesundheit muss an erster Stelle stehen. Das bedeutete aber nicht nur Schulen ggf. geschlossen zu lassen, sondern auch die seelische Gesundheit der Schüler\*innen vor etwaige Prüfungen zu stellen. Als die Landesregierung schließlich

Kommunen zur Schulöffnung zwang, obwohl sich deren Inzidenzwerte weit über den Vorgaben des RKI befanden, veröffentlichten wir die Pressemitteilung "Landesregierung erzwingt Schulöffnungen trotz hoher Inzidenzwerte in Kommunen", in der wir dezentrale Entscheidungen bei Schulöffnungen forderten. Diese Forderung unterstützten wir in unserer späteren Pressemitteilung "Lokale Unterschiede bedürfen lokaler Entscheidungen - gerade in den Schulen".

Die Folgen der Pandemie wie Einsamkeit sowie Methoden zur Krisenbewältigung besprachen wir auf dem Symposium des Tanzhauses Düsseldorf bei der Veranstaltung "What the Corona - Was macht Corona mit uns?". Zudem nahmen wir an einer Podiumsdiskussion der DGB MEO (Mülheim - Essen - Oberhausen) teil, die sich damit beschäftigte, was den Schüler\*innen in der Krise fehlt. Weiterhin tauschten wir uns mit #lautfürfamilien über die aktuelle Lage aus.

Als die Pläne der Landesregierung bezüglich der Abschlussprüfungen klarer wurden, forderten wir erneut die Wahl zwischen Durchschnittsabitur und (angepassten) Prüfungen (Pressemitteilung vom 22.03.21).

In der Verbändebeteiligung zu einem Erlass, der unter anderem die Versetzung regelt, sowie in einer Pressemitteilung "Empfehlung zum Wiederholen statt erzwungenem Sitzenbleiben" forderten wir, dass Schüler\*innen dieses Schuljahr nicht Sitzen bleiben. Nach einem Schuljahr, das von unzureichendem Distanzunterricht geprägt war, wäre dies besonders ungerecht. Stattdessen sollen die Schüler\*innen sich freiwillig für oder gegen ein Wiederholen entscheiden können.

## **April**

Der April wurde vor allem durch die anstehenden ZPs und das Abitur geprägt. Zudem begann die Landesregierung ihre Test"strategie" in den Schulen.

In einem Verbändedialog des Ministeriums diskutierten wir über den weiteren Schulbetrieb sowie die anstehenden Prüfungen.

Zu den beiden anstehenden Abschlussprüfungen äußerten wir uns in der Pressemitteilung "Gesundheitsschutz statt standardisiertes Bewerten!" ausführlich. So forderten wir einerseits erneut die Bewertung des Distanzunterrichts zu unterlassen, da dieser nicht mit dem Präsenzunterricht vergleichbar ist; und forderten andererseits, die Prüfungen so schulindividuell wie möglich stattfinden zu lassen.

In einer weiteren Pressemitteilung "Teststrategie statt planlosem Testzwang!" bemängelten wir, wie die Testungen in den Schulen durchgeführt werden. Anstatt Lehrkräften und Schüler\*innen die Tests schlicht in die Hand zu drücken, bräuchte es funktionierende Konzepte. Das einzige, was das Land lieferte, waren aber 10-Liter-Kanister Testlösung - statt Unterrichten stand also Testlösung portionieren auf dem Arbeitsplan der Lehrkräfte. Im Schulausschuss nahmen wir im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme und eines Expert\*innengesprächs zudem Stellung zur Neufassung des Bildungssicherungsgesetzes sowie Änderungsanträgen dazu.

Wir nahmen außerdem an einer Podiumsdiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema "Corona und die Jugend" teil und einer weiteren Podiumsdiskussion des Düsseldorfer Symposiums zum Thema "eine loste Generation" teil. Auf letzterer tauschten wir uns über Probleme der Partizipation von Jugendlichen mit Wissenschaftler\*innen aus. Außerdem nahmen wir zu der angestrebten Änderung der APO-Verordnungen Stellung und trafen uns zu einer endgültigen Beratung über die Form der 131. LDK.

## **Mai**

Aufgrund der Vorarbeit, die ein (schriftlicher) Rechenschaftsbericht benötigt, ist es leider nicht möglich, im Vorhinein über alle wahrgenommenen Termine und Aufgaben zu berichten. Die folgende Darstellung ist daher nicht abschließend und unter Umständen nicht aktuell. Im Mai wurden unsere Befürchtungen bezüglich der Abiturprüfungen bestätigt. "Desaster Schulabschlüsse - wie vorhergesagt" hieß daher passend unsere Pressemitteilung, in der wir die nicht zu bewältigenden Klausuren Mathematik und Englisch kritisierten und Nachbesserung in Form einer Wahl zwischen Durchschnittsnote und angehobener



Bewertung der schriftlichen Prüfung forderten. In der Pressemitteilung "Das System muss etwas aufholen - nicht die Schüler\*innen" nahmen wir zum Aktionsprogramm Aufholen Stellung. Dieses befürworten wir zwar grundsätzlich, dennoch löst es nicht die zugrundeliegenden strukturellen Probleme sowie die enorme Bildungsunterfinanzierung. Im Verlauf des Mai wird zudem eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der wir Klausuren nach den kommenden Schulöffnungen kritisieren.

Mitte Mai nahmen wir zudem an einem Verbändegespräch teil, welches den Unterrichtsbetrieb ab Juni behandelte. In diesem sprachen wir uns dafür aus, dass die Gesundheit weiterhin höchste Priorität hat und Öffnungen bedacht und nur in Absprache mit der Wissenschaft erfolgen können.

Im Mai nahmen wir außerdem an dem Universitätsseminar "Kindheit und Jugend in Zeiten der Pandemie" in Form eines Inputs und als Diskussionsteilnehmer\*innen teil.

Geplant ist zudem eine Diskussionsrunde des Vorstands mit Karl Lauterbach.

### **Weitere Arbeit**

Auch im Frühjahr erreichten uns wieder zahlreiche Anfragen besorgter Schüler\*innen und Eltern, die wir alle individuell beantworteten.

Zudem nahmen wir an mindestens 30 (unter anderem WDR, Kölner Stadtanzeiger, Deutschlandfunk, dpa) Presseterminen teil.

## **V. Anhänge**

1. Bericht über den Zeitaufwand eines (ausführlichen) Rechenschaftsberichts
2. Anfrage der BSV Rhein-Berg mit Antworten

## **1. Bericht über den Zeitaufwand eines (ausführlichen) Rechenschaftsberichts**

### **a) Einleitung**

Nach der ausführlichen "kleinen Anfrage" der BSV Rhein-Berg vor der 128. LDK und den weiteren ausführlichen Fragen auf der 128. LDK haben wir festgestellt, dass wir, um inhaltlich so tiefgehende Nachfragen ad hoc beantworten zu können, mehr Aufwand in die Vorbereitung eines Rechenschaftsberichts stecken müssen. Dies bestätigte sich nach der erneuten "kleinen Anfrage" der BSV Rhein-Berg (siehe Anhang 2) vor der 129. LDK. Eine ausführliche Ausarbeitung des Rechenschaftsberichts setzt allerdings auch einen deutlich erhöhten Zeitaufwand voraus. Diese darin investierte Zeit kann folglich nicht in andere inhaltliche Arbeit gesteckt werden.

Um euch einen Eindruck über den Zeitaufwand zu verschaffen, haben wir im folgenden den Aufwand des Rechenschaftsberichts zur 128. LDK und den Aufwand des Rechenschaftsberichts zur 129. LDK verglichen.

### **b) Vergleich**

<b>Arbeitsschritte / Aufgaben</b>	<b>Zeitaufwan</b>	<b>Zeitaufwan</b>
-----------------------------------	-------------------	-------------------

	<b>d für 128. LDK</b>	<b>d für 129. LDK</b>
1. tabellarische Zusammenfassung von allem, das wir im betreffenden Zeitraum gemacht haben		
a) erstmalige Eintragung von Diskussionen, Aufgaben und Terminen aus internen Kommunikationsmedien (Google Drive, Stackfield, WhatsApp)	ca. 60min Hier gab es ca. doppelt so viele Einträge, wie für die 129. LDK	ca. 120min Hier mussten die Einträge jedoch ausführlich ergänzt werden
b) Ergänzung und Diskussion der eingetragenen Details mit dem Vorstand (auch auf LaVoSis)	ca. 20min	ca. 60min
c) Zuordnung der Einträge zu den betreffenden APO-Punkten	ca. 30min	ca. 30min
Gesamt:	ca. 110min	ca. 210min
2. schriftlicher Rechenschaftsbericht		
a) erste Erarbeitung eines schriftlichen Rechenschaftsberichts	ca. 30min	ca. 90min
b) Überarbeitung, Diskussion und einfügen von erklärenden Texten	/	ca. 220min
Gesamt:	ca. 30min	ca. 310min
3. Powerpoint-Präsentation für den Rechenschaftsbericht	ca. 120min Diese Zeit wäre durch eine weniger aufwendige Präsentation drastisch reduzierbar	ca. 120min Diese Zeit wäre durch eine weniger aufwendige Präsentation drastisch reduzierbar
4. Antwort auf die "kleine Anfrage" der BSV Rhein-Berg		
a) Erarbeitung einer schriftlichen Antwort	ca. 30min hier bestand unsere schriftliche Antwort lediglich aus einer Absage	ca. 120min hier haben wir ausführlich geantwortet

b) Diskussion und Ergänzung der Antwort	ca. 30min	ca. 30min
c) Zeit damit auf der LDK verbracht	ca. 30min	?
Gesamt:	ca. 90min	ca. 150min
5. Vorstellung des Rechenschaftsberichts auf der LDK	ca. 30min	ca. 30-60min
6. Sonstige damit verbundene Arbeit (Onlinestellen, Weiterleitung von Mails, etc.)	ca. 10min	ca. 30min
<b>Gesamter geschätzter Zeitaufwand:</b>	<b>ca. 390min</b> <b>=6,5</b> <b>Stunden</b>	<b>ca.</b> <b>850-880min</b> <b>= ~14</b> <b>Stunden</b>

Die angegebene Zeit ist jeweils eine Schätzung und kann selbstverständlich auch mal abweichen - sowohl nach oben, als auch nach unten.

### c) Fazit

Ob es gerechtfertigt ist, für eine solche Aufgabe, die den Schüler\*innen des Landes NRW fast nichts bringt (außer, dass ihr informiert seid), trotzdem so viel Zeit aufzubringen, ist eine politische Entscheidung. Genauer gesagt eure. Um euch mal ein paar Vergleichswerte zu nennen: Für eine Anfrage an das Ministerium für Schule und Bildung (beispielsweise die zu den Kosten von uns Schüler\*innen) brauchen wir ca. 120-180 Min. Eine Pressemitteilung benötigt, je nach Länge, etwa 120-270 Min. Für das Minister\*innengespräch (mit Vor- und Nachbereitung, aber ohne Anfahrt) könnt ihr etwa mit 360 Min rechnen. Für diese Zusammenfassung haben wir etwa 45 Min Zeit gebraucht.

Aus diesem Grund möchten wir auf der kommenden LDK gerne die Sinnhaftigkeit eines so ausführlichen Rechenschaftsberichts diskutieren.

## 2. Anfrage der BSV Rhein-Berg mit Antworten<sup>8</sup>

### Fragen der BSV Rhein-Berg an den Vorstand der LSV NRW:

**A. Kontakt zum Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Ministerin Yvonne Gebauer und weiteren bildungs-(politischen) Institutionen in Nordrhein-Westfalen.**

#### 1. Besteht ein aktiver Kontakt zur Ministerin Yvonne Gebauer?

<sup>8</sup> gestellt im Vorfeld der 129. LDK

Die LSV trifft sich in halbjährlich stattfindenden Gesprächen mit Frau Ministerin Yvonne Gebauer, Herrn Staatssekretär Mathias Richter und je Themenvorschlag eingeladenen Fachreferent\*innen des Ministeriums.

Weiterhin stehen wir durch Anfragen, Einladungen, Berichte und Nachfragen an Frau Ministerin Yvonne Gebauer, Herrn Staatssekretär Richter in Kontakt mit dem Schulministerium. Außerdem arbeitet man in verschiedenen Projektgruppen gemeinsam an schulpolitischen Themen (z.B. Talentschulen).

## **2. Welche Reaktionen, seitens des Ministeriums, gab es zur Termin Anfrage [sic] für einen Besuch der Ministerin zur 128.LDK?**

Zur 128. wurde Frau Ministerin Yvonne Gebauer mündlich in einem der turnusmäßigen Gesprächen zur 128. LDK eingeladen. Diese Einladung nahm sie aber nicht wahr. Die schriftliche Anfrage, die sich aus dem Beschluss A10 "Einladung der Bildungsministerin", des höchsten beschlussfassenden Gremiums der LSV, der 128. LDK ergeben hat, wurde am 18.12.19 vom Bildungsministerium aufgrund "bereits langfristig geplanten Terminen" abgesagt.

## **B. Öffentlicher Auftritt und "Präsens" [sic] der Landesschüler\*innenvertretung Nordrhein-Westfalen.**

### **1. In welchen Medien trat die Landesschüler\*innenvertretung Nordrhein-Westfalen zwischen der 128. LDK und 129. LDK aktiv auf?**

Die LSV NRW nahm im Zeitraum vom 18.11.19 bis zum 08.01.20 die Anfrage von Radio NRW am 21.11.19 wahr.

Aufgrund der ausstehenden Prüfung der Resolution "Ich bin nicht rassistisch, aber biodeutsch..." durch das MSB war es nicht möglich, diese an die Presse zu verschicken (wie auf der LDK beschlossen, wird die kommende 129. LDK darüber diskutieren, wie mit der Resolution umgegangen werden soll).

Auch die geplante Pressemitteilung zum Thema Klimawandel konnte leider nicht verwirklicht werden, da die Resolution "Umweltschutz - wir tun mal so, als ob..." in der Antragsberatung nicht mehr besprochen werden konnte.

Im Zeitraum vom 21.12.19 bis zum 06.01.20 waren Weihnachtsferien, in denen die Landesgeschäftsstelle geschlossen blieb (ausgenommen 30.12.19) und der Landesvorstand sowie viele Reporter\*innen ihre Ferien genossen.

Ob die LSV darüber hinaus zitiert wurde können wir nicht beantworten.

### **2. Wie gedenkt der Landesvorstand im neuen Jahr die Landesschüler\*innenvertretung Nordrhein-Westfalen öffentlichkeitswirksam nach außen zu präsentieren? Wie kann dadurch gewährleistet sein, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler erreicht werden?**

Die LSV wird ihre Öffentlichkeitsarbeit wie im Jahr 2019 fortsetzen. Es gibt wie bereits im letzten Rechenschaftsbericht erwähnt die Überlegung, längerfristig ein entstehendes Social-Media-Konzept zu nutzen. Ob und wann dieses jedoch eingesetzt wird, lässt sich noch nicht sagen. Außerdem wird sich die LSV im Februar mit einer Info-Sendung an die Schüler\*innenvertretungen aller Schulen in NRW wenden (siehe C 3.). Zudem gab es eine Zusammenarbeit mit Qua-Lis NRW.

## **C. Kontakt zu anderen Landesschülervertretungen in Deutschland.**

### **1. Gab es zwischen der 128.LDK und 129. LDK zu anderen Landesschülervertretungen in Deutschland (oder ähnlichen Strukturen)?**

Gemäß des Beschlusses A1 "Keine Arbeit auf Bundesebene" des höchsten beschlussfähigen Gremiums, der 128. LDK hat der Vorstand seine Mittel und Kräfte auf das Land NRW fokussiert. Die LSV hatte dementsprechend im Zeitraum vom 18.11.19 bis zum 08.01.20 nur geringen Kontakt mit den anderen Landesschüler\*innenvertretungen. Zu diesem Kontakt gehörten die Landesschüler\*innenvertretung Rheinland-Pfalz, der LandesSchülerRat Sachsen sowie der Landesschülerbeirat Baden-Württemberg. Dieser bestand allerdings lediglich aus einer Gratulation, sowie Anfragen zur Teilnahme an Veranstaltungen der LSV NRW. Pressemitteilungen der anderen LSVen wurden verfolgt.

### **b) Zu welchen Landesschülervertretungen bestand Kontakt?**

Diese Frage wurde in Frage C 1. beziehungsweise im letzten Zwischenrechnungsbildbericht auf der 128. LDK bereits für den bisherigen Verlauf der Legislatur 2019/20 beantwortet.

### **2. Inwiefern hat sich der Landesvorstand mit der Bundesschülerkonferenz „kritisch“ auseinandergesetzt und sich ein persönliches Bild von der Bundesschülerkonferenz gemacht?**

Gemäß des Beschlusses A1 "Keine Arbeit auf Bundesebene" des höchsten beschlussfähigen Gremiums, der 128. LDK, hat der Vorstand nicht auf der Bundesebene gearbeitet. Somit wurde sich auch kein persönliches Bild von der Bundesschülerkonferenz gemacht. Die neue Homepage und das Instagram Profil der BSK wurden weiterhin verfolgt.

### **3. Gab es Verträge oder ähnliche Übereinkünfte mit anderen Landesschülervertretungen, dem SV-Bildungswerk oder ähnlichen Strukturen im Jahr 2019?**

Die LSV NRW pflegte auch in der diesjährigen Legislaturperiode eine dauerhafte und sehr aktive Kooperation mit der DGB Jugend NRW und den Mitgliedsgewerkschaften. Wir veranstalteten mit dem DGB unter anderem drei Seminare. Außerdem schlossen wir mit dem SV-Bildungswerk einen projektbezogenen Kooperationsvertrag für die Versendung von Material an ca. 2500 Schulen NRWs. Ebenfalls arbeiteten wir mit dem Landesjugendring NRW und dem KiJuRat NRW wegen des Landesjugendparlaments zusammen. Neben den externen Organisationen arbeiten wir eng mit dem Bildungswerk der LSV NRW e.V. zusammen.

## **D. Auswahl der Tagungsorte der Landesdelegiertenkonferenzen**

### **1. Welche Kriterien werden zur Auswahl der Tagungsorte, seitens der Landesschüler\*innenvertretung, der Landesdelegiertenkonferenzen herangezogen?**

Ausschlaggebende Kriterien für ein Gästehaus sind Preis, die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, die Preispolitik der regionalen Verkehrsverbände, ein Gruppenraum in ausreichender Größe (Plenum), genug weitere Räume für Workshops, sowie unter Beachtung der 5 Regierungsbezirke NRWs, wobei dieser Punkt nachrangig gegenüber den anderen Faktoren behandelt wird.

## **2. Wer trifft die Entscheidung zur Vergabe einer Landesdelegiertenkonferenz?**

Eine Entscheidung wird durch die Geschäftsführung des Finanzausschusses der LSV NRW e.V. unter Absprache mit dem Landesvorstand getroffen. Der Landesvorstand allein oder ein anderes Gremium der LSV NRW können diese Entscheidung nicht treffen, da die Gelder projektgebunden vom Ministerium an den Finanzausschuss der LSV NRW e.V. ausgezahlt werden und dieser rechtlich Veranstalter der LDKen ist.

## **3. Wie wird gewährleistet, dass keine Einflussnahme von Vereinen und anderen Organisationen welche ggf. am Veranstaltungsort angegliedert sind, genommen wird? (Beispiel: Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick)**

Die LSV NRW (bzw. wie oben erklärt der Finanzausschuss der LSV NRW e.V.) bucht die LDKen immer unabhängig von anderen Organisationen. In den Mietverträgen gibt es keine inhaltlichen Verknüpfungen mit externen Organisationen.

## **4. Weshalb tagte die die Landesdelegiertenkonferenz überdurchschnittlich oft in Oer-Erkenschwick?**

Das Salvador-Allende-Haus bietet für den Pauschalpreis im mittleren Preissegment ein überdurchschnittlich gutes Angebot (auf Grundlage der Faktoren aus D 1.). Insbesondere ein Gruppenraum in relevanter Größe, ein Außengelände, das ein Tagen draußen ermöglichen könnte, überdurchschnittlich viele Gruppenräume sowie (in anderen Häusern kostenpflichtige) Seminarausstattung sprechen für das Haus.

## **b) Steht dies in Verbindung mit der dort angesiedelten „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“?**

Nein, wie in Frage D 3. bereits erläutert schließt die LSV NRW keine Mietverträge mit inhaltlichen Verknüpfungen zu der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken ab. Diese sind lediglich Träger des Salvador-Allende-Hauses. Inhaltliche Vereinbarungen gibt es jedoch keine.

Weiterhin tagt die LSV NRW selbstverständlich nur in Häusern, deren Grundsätze nicht unverhältnismäßig konträr zu den unseren sind (vgl. GPO).